Landtag
Nordrhein-Westfalen
17. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 17/1587
04.10.2021

Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

69. Sitzung (öffentlich)

4. Oktober 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:00 Uhr bis 15:50 Uhr

Vorsitz: Dr. Patricia Peill (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkt:

Volksinitiative gemäß Artikel 67 des Landesverfassung:
Volksinitiative mit der Kurzbezeichnung „Artenvielfalt NRW“ **3**

Vorlage 17/3616

– Anhörung von Sachverständigen *(s. Anlage)*

* * *

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie heute zur 69. Sitzung unseres Ausschusses recht herzlich begrüßen. Natürlich begrüße ich wieder sehr besonders unsere Sachverständigen, die hier hergekommen sind, ganz analog heute, und uns gleich zur Verfügung stehen werden.

Die heutige Sitzung wird auch als Livestream im Internet übertragen. Ich frage jetzt, einfach nochmal der Ordnung halber: Gibt es zur Tagesordnung Wortmeldungen? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann rufe ich jetzt den einzigen Tagesordnungspunkt auf:

Volksinitiative gemäß Artikel 67 des Landesverfassung:
Volksinitiative mit der Kurzbezeichnung „Artenvielfalt NRW“

Vorlage 17/3616

– Anhörung von Sachverständigen *(s. Anlage)*

Meine Damen und Herren! Am 1. Juli dieses Jahres haben die Vertrauenspersonen und eine Delegation der Volksinitiative „Artenvielfalt NRW“ nach eigenen Angaben rund 115.000 Unterschriften eingereicht. Der Landtag hat daraufhin in seiner Sitzung am 8. September 2021 folgenden Beschluss gefasst:

1. Die Volksinitiative mit der Kurzbezeichnung „Artenvielfalt NRW“ ist erfolgreich zustande gekommen.

2. Zur Durchführung der gesetzlich vorgeschriebenen Anhörung der Vertrauenspersonen der Volksinitiative wird das Anliegen der Volksinitiative an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz überwiesen.

Wir haben daher in unserem Ausschuss beschlossen, heute zu diesem Anliegen eine Anhörung durchzuführen.

Ich danke nochmal allen, dass Sie so kurzfristig unserer Einladung gefolgt sind. Gestatten Sie mir noch einige Hinweise, die erforderlich sind, damit unsere Anhörung gut durchgeführt werden kann. Aus der vorliegenden Liste ergeben sich die anwesenden Sprecher der jeweiligen Verbände und Sachverständigen. Aufgrund der kurzen Einladungsfrist – entgegen unserer üblichen Praxis im Ausschuss – haben Sie heute jeweils die Möglichkeit für ein mündliches Statement. Wir bitten Sie, nicht länger als drei Minuten Ihre Stellungnahme abzugeben, danach werden die Fraktionen in der Runde eine Frage an Sie stellen, und Sie haben auch wieder drei Minuten Zeit, diese zu beantworten. Sollte es von Ihrer Seite noch irgendwelche Fragen geben, schlage ich vor – es sind keine Fragen da –, dass wir mit der Anhörung beginnen. Ich frage, wer wünscht als erster das Wort? – Dann fangen wir an mit Herrn Welge, bitte sehr.

Axel Welge (Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Vielen Dank für die Einladung, die in der Tat kurzfristig kam, aber zu einem sehr

wichtigen Thema erfolgte. Deswegen haben wir natürlich auch die Gelegenheit gerne wahrgenommen, uns auch nochmal schriftlich zu äußern.

Vielleicht zur schriftlichen Stellungnahme Folgendes: Es ist eine gemeinsame Stellungnahme des Landkreistages, des Städte- und Gemeindebundes und des Städtetages Nordrhein-Westfalen. Ich vertrete heute als Stellvertreter die anderen beiden kommunalen Spitzenverbände mit. Wir haben unter anderem in der schriftlichen Beantwortung noch zwei Positionspapiere beigefügt. Das sind Positionspapiere des Deutschen Städtetages, einmal zum Thema „Biodiversität“ und zum Zweiten zum Thema „urbane Landwirtschaft“. Ich habe das deshalb für notwendig gehalten, weil vieles von dem, was in diesen Papieren enthalten ist, auch Teil dessen ist, was Gegenstand der Volksinitiative und des Handlungsprogramms Artenvielfalt war und ist.

Diese Papiere, wenn ich das kurz sagen darf, sind zusammengestellt worden von kommunalen Praktikern. Sie sind bei uns im Präsidium des Deutschen Städtetages einstimmig parteiübergreifend beschlossen worden. Ich glaube, wenn man sich mal die Mühe macht, das sind extra „politische Papiere“, also keine wissenschaftlichen Abhandlungen, sondern sie enthalten das, was nach unserer Auffassung vor Ort nötig ist, um dieses zentrale Zukunftsthema der Kommunen aufzugreifen, nämlich das Thema „Wie erhalten wir die Biodiversität?“ und damit mittelfristig „Wie überleben wir hier auf diesem Planeten?“ Ich sage es mal wirklich dramatisch, weil ich glaube, das, was sich um das Thema Artenschutz inzwischen entwickelt hat, ist so besorgniserregend, dass es als Jahrhundertaufgabe mit dem Klimawandel und der Anpassung an den Klimawandel zu vergleichen ist bzw. das eine das andere sogar noch ein bisschen verstärken kann.

Insofern sind das nach unserer Auffassung wichtige Papiere, die ich Ihnen gerne zur Kenntnis geben wollte. Ich möchte auch nicht alle Einzelheiten rausgreifen. Lassen Sie mich nur zum Handlungsprogramm „Artenvielfalt“ Folgendes sagen: Flächenverbrauch verbindlich stoppen, stößt natürlich bei uns in den Großstädten sowieso auf Unterstützung schon deshalb, weil wir ja kaum noch Flächen haben, die wir verbrauchen können. Das muss man aus Sicht des Städte- und Gemeindebundes, auch des Landkreistages anders sehen. Im ländlichen Raum sind da noch mehr Flächen da.

Bei den Kommunen, aber auch den kleineren Kommunen, nicht nur bei den großen, ist Konsens, dass wir mit dem Boden sparsam umgehen in den nächsten Jahren. Wir versuchen, Flächen dort zu sparen, wo es möglich ist. Aber ich bitte um Verständnis dafür, dass wir uns nicht gern einengen lassen auf das Fünf-Hektar-Ziel, weil dies die kommunale Planung und Bauleitplanung doch etwas zu sehr einschränkt. Im Übrigen, wir haben in der Stellungnahme nochmal darauf aufmerksam gemacht: Wir haben neben dem sehr wichtigen Thema Artenvielfalt auch ein großes Wohnungsproblem in Nordrhein-Westfalen. Wir müssen im nächsten Jahr noch mal viele Wohnungen bauen, auch in kleineren Kommunen, aber auch in größeren. Und da fühlen wir uns, wenn wir ein striktes Fünf-Hektar-Ziel gesetzlich vorsehen würden, in unserer Planung zu sehr eingeschränkt.

Schutzgebiete wirksam schützen, absolut unserer Auffassung, sogar noch mehr ausweisen, wenn möglich – und auch dann bitte dort wenig Einsatz von Pestiziden, nur da, wo es unabdingbar ist.

Ich bin zu Recht von der Vorsitzenden auf die Zeit aufmerksam gemacht worden, deswegen will ich es erst einmal hierbei bewenden lassen. Die anderen Punkte können wir vielleicht in der Diskussion gleich noch vertiefen. – Danke.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Welge, auch vielen Dank für die drei Minuten. – Dann kommen jetzt die Landwirtschaftsverbände, Frau Kämmerling, bitte.

Verena Kämmerling (Westfälisch-Lippischer Landwirtschaftsverband e. V.): Auch von meiner Seite erstmal vielen Dank für die Einladung. Ich will eingangs sagen, dass ich das wirklich sehr toll finde, wie der Naturschutz, wie sich die Initiative hier bemüht hat, um auch das Quorum der über 100.000 Unterschriften zusammenzubekommen. Das zeigt, wie wichtig dieses Thema auch gesamtgesellschaftlich ist. Vielleicht aus unserer Sicht zu den Inhalten.

Sicherlich gibt es die gemeinsame Klammer, insbesondere zu der ersten Forderung. Wir haben heute Vormittag schon darüber diskutiert, was den Flächenverbrauch angeht. Da sind wir als Landwirtschaftsverbände auch schon seit vielen Jahren engagiert und wollen, dass landwirtschaftliche Nutzflächen geschützt werden. Also hier gibt es eine gemeinsame Klammer. Wir finden aber auch in den Forderungen der Volksinitiative Punkte, die wir äußerst kritisch sehen, zum Beispiel – ich führe jetzt hier an – das vollständige Verbot von Pflanzenschutzmitteln in Naturschutzgebieten. Das ist ja jetzt auch gerade durch die Umsetzung des Insektenschutzpakets auf der Bundesebene nochmal festgezurrt worden durch eine neue Pflanzenschutzanwendungsverordnung.

Nun kann man sagen, das betrifft in Nordrhein-Westfalen nur 11.000 ha oder 12.000 ha. Ich bekomme jeden Tag Anrufe von Landwirten, die in dieser Flächenkulisse auch Betriebe haben, die mit 100 % ihrer Fläche von diesen Verboten betroffen sind, die zum Teil Gemüseanbau machen oder Kartoffeln anbauen, also Kulturen anbauen, zu denen es kaum Alternativen gibt, und die jetzt vor einem Riesenproblem stehen. Deswegen bleiben wir auch an der Stelle dabei zu sagen, bei der Ausweisung der Naturschutzgebiete ist damals den Landwirten versprochen worden, dass die Ackerflächen in den Gebieten weiter nach guter fachlicher Praxis bewirtschaftet werden können und das, was an Auflagen kommt, wird ausgeglichen durch Förderung, durch Vertragsnaturschutz. Diesen Weg sollte man weiter beschreiten. Was im Moment passiert, ist einfach ein Vertrauensbruch. Wir und die Landwirte sind gerne bereit, an gemeinsamen, freiwilligen Initiativen auch mitzuarbeiten.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Frau Kämmerling. – Dann kommt jetzt die Landwirtschaftskammer. Bitte, Herr Dr. Hentschel.

Dr. Armin Hentschel (Landwirtschaftskammer NRW): Schönen Dank, Frau Dr. Peill. Auch von meiner Seite ein herzliches Dankeschön, hier vortragen zu dürfen. Es liegt eine umfangreiche Stellungnahme vor. Ich möchte nur ein paar Punkte ansprechen.

Vielleicht vorweg vier Punkte. Ich denke, man muss bei allen Überlegungen zur Weiterentwicklung der Naturschutzpolitik in NRW sehen, dass NRW ein dicht besiedeltes Land ist mit über 23 % Siedlungs- und Verkehrsfläche, und das fordert seinen Tribut auch an den Naturhaushalt. Umso wichtiger ist es, trotzdem auf den Freiflächen weitere Fortschritte zu erreichen, um den Naturhaushalt zu optimieren. Dabei hat sich in NRW das Kooperations- und Vertragsprinzip bewährt. Es ist hier entwickelt worden. Es funktioniert sehr gut.

Wir haben derzeit etwa 390.000 ha landwirtschaftliche Fläche unter Vertrag. Das ist etwa ein Viertel, und darauf sollte man aufbauen. Die Kooperation hat dazu geführt, dass Landwirte der Naturschutzpolitik sehr viel Vertrauen entgegenbringen und auf Verlässlichkeit setzen. Dadurch sehen wir, dass viele Landwirte sich geöffnet haben, gemeinsam mit dem Naturschutz Ziele umzusetzen.

Zum Thema „Flächenfraß“: Wir erleben einen dramatischen Anstieg der Flächenpreise. In den letzten zehn Jahren haben sich die Grundstückspreise verdoppelt. Das muss zu der Konsequenz führen, dass wir bei allen Planungen und Inanspruchnahmen möglichst effiziente Lösungen finden. Natürlich ist es in dem Zusammenhang auch unsere Forderung, den Flächenverbrauch weiter zu drosseln, bei allen Schwierigkeiten, die damit zusammenhängen. Es gibt eine ganze Reihe Ansatzpunkte, von denen auch welche in der Stellungnahme stehen.

Schutzgebietsausweisungen: Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete nehmen mittlerweile zwei Drittel der unbebauten Fläche ein. Das ist schon eine sehr große Zahl. Der Schwerpunkt sollte deshalb in der Aufwertung der Schutzgebiete liegen. Hier haben wir in den letzten Jahren sehr große Fortschritte erreicht, auch unterstützt durch die Naturschutzberatung, die jetzt dankenswerterweise vom Land finanziert wird und die hervorragend angenommen wird. Die Nachfrage ist größer als die Kapazitäten, die wir haben. Und wir sind, das mag ein Ergebnis sein, beim Vertragsnaturschutz mittlerweile in den letzten sechs Jahren von 25.000 auf 36 ha gekommen.

Was wichtig ist im Bereich der Landwirtschaft: Wir sehen natürlich den Veränderungsbedarf in Richtung naturverträglicher Landwirtschaft und setzen hier auf vielfältige Initiativen, die bereits auf dem Weg sind. Wir setzen auf neue Technologien, etwa im Bereich der mechanischen Unkrautbekämpfung. Auf diese und andere Möglichkeiten sollte Wert gelegt werden. Mit Blick auf die GAP-Agrarreform ist es wichtig, attraktive Förderangebote zu haben, die auf diese Zielrichtung hin ausgerichtet sind, also neue Technologien voranzubringen und natürlich auch interessante Vertragspakete im Bereich der Agrarumwelt und Vertragsnaturschutzförderung.

Ein letzter Satz noch: Kompensationsmaßnahmen sollten besser genutzt werden. Da haben wir erhebliche Umsetzungspotenziale und unser Petitum ist, diese Verpflichtungen gezielt in den Biotopverbund zu lenken, an die Gewässerauen zu lenken und dort dann hochwertige Maßnahmen umzusetzen. – Danke schön.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Dr. Hentschel. – Und jetzt kommt das Institut für Landschaftsökologie aus Münster. Herr Prof. Dr. Buttschardt, bitte sehr.

Prof. Dr. Tillmann K. Buttschardt (WWU Münster, Institut für Landschaftsökologie): Schönen Dank und schönen guten Tag, Frau Dr. Peill und werte Abgeordnete aus den Fraktionen! Ich danke auch, dass ich hier in die Rolle eines Menschen schlüpfen darf, der sich stark macht für Insekten.

Zwei Dinge möchte ich unterstreichen. Der erste Punkt ist, wir sind über die Ökosystemleistungen der Insekten essentiell als Menschen in unserer Lebensweise und in unserer Zukunft auf funktionierende Ökosysteme angewiesen.

Zweiter Punkt. Das, was wir derzeit sehen, nämlich einen akuten Rückgang der Insektenbiomasse und einen darauf aufbauenden Rückgang der Agrarvögel, ist nicht etwas, was heute passiert, sondern was in den letzten Jahrzehnten angelegt ist. Ich habe Ihnen in die Stellungnahme geschrieben, wir nennen das sozusagen die Aussterbeschuld. Der gleiche Punkt, den man für die Ökosysteme verstehen muss, ist, dass eine Hysterese existiert, das heißt, die Systeme, wenn sie einmal in diesem Abwärtstrend oder die Abwärtsspirale gegangen sind, dann kommen die nicht mehr so schnell wieder raus, und das sehen wir auch. Insofern kann ich nicht wirklich sagen, dass der kooperative Ansatz in Nordrhein-Westfalen ein Erfolg ist. Derzeit sehen wir bei den Indikatoren eben keine Verbesserung.

Wenn Sie die Abbildung 1 in der Stellungnahme anschauen, dann sehen Sie, dass praktisch 90 % der FFH-Lebensraumtypen in einem schlechten oder ungünstigen Erhaltungszustand sind. Darauf aufbauend sind dann die FFH-Arten, die etwas besser dastehen, und wenn Sie in die Mitte des Kreises gucken, sehen Sie die Vogelarten. Jetzt kann man da ja sagen, was habt ihr denn? 47 % sind doch eigentlich in einem günstigen Erhaltungszustand. Das ist doch gar nicht so schlecht. Das ist aber – wie gesagt – vor der Bremsspur. Und die Volksinitiative lädt uns nun ein, eine grundsätzliche Veränderung auch nochmal unserer Politik zu machen.

Ich konstatiere natürlich, dass die Ziele auch in den Stellungnahmen allesamt unterstützt werden. Ich glaube auch, dass in den Zielen Klarheit herrscht. Das habe ich auch erlebt, in allen Fraktionen ist das so. Der Verlust der Biodiversität ist neben dem Klimawandel ein entscheidendes Problem für die Zukunft, und die Lösung dieses Problems ist nicht minder dringend als das des Klimawandels. Sie können sich ja die ganzen Vertragsstaatenkonferenzen zur CBD und die Aktivitäten anschauen. Und ich habe auch geschrieben, dass das in den eigenen Programmen der Landesregierung korrekt adressiert ist. Die Frage ist nur, wie machen wir das? Und ich glaube, da gibt es die Diskrepanzen.

Wohnungsprobleme haben die Menschen, das stimmt. Aber umso mehr Wohnungsprobleme haben die Insekten. Während die Menschen die Wohnungen hell erleuchten und auch deren Umfeld hell erleuchten, brauchen Insekten es dunkel. Und die Frage ist, was ist grundsätzlich und was ist abgeleitet? Also ist es kurzfristig sinnvoll, das Wohl des Menschen in den Vordergrund zu stellen, um langfristig Dinge wieder ins Lot

bringen zu wollen, die aber möglicherweise nicht mehr gehen. Eine ausgestorbene Tierart ist nicht wieder zurückzuholen. Und letztendlich denke ich auch, dass die Landwirtschaft und der Städtetag auch nicht mit einem Ökosystem arbeiten können, das grundlegende Funktionen nicht mehr erfüllen kann. – Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Prof. Buttschardt. – Und dann würde jetzt noch der Landesgeschäftsführer Bioland, Herr Leifert, das Wort haben, bitte sehr.

Jan Leifert (Bioland, Landesverband NRW e. V.): Frau Peill, auch von meiner Seite herzlichen Dank für die Einladung. Guten Tag an die Abgeordneten der Fraktionen!

Ich möchte insbesondere einen Punkt rausgreifen, die naturverträgliche Landwirtschaft. Da wir als Unterstützer der Volksinitiative von den Ökoverbänden mit dabei waren, haben wir heute darauf verzichtet, eine separate Stellungnahme einzureichen. Wir sehen uns im Ökolandbau ja ein Stück weit mit als Lösung, insbesondere in dieser Frage. Ich denke, wir sind alle in der Landwirtschaft darauf angewiesen, dass wir weiterhin resistente Wirtschaftssysteme haben, insbesondere in dem Naturraum. Dafür ist eine funktionierende Artenvielfalt existenziell für uns.

Ich möchte verweisen auf den „Thünen Report 65“ zu den Leistungen des Ökolandbaus für Umwelt und Gesellschaft. Das ist eine Metastudie, die unter anderem untersucht hat, inwieweit der Ökolandbau positive Effekte auf die Biodiversität hat. Dazu sind 75 Studien ausgewertet worden. Insgesamt ist dabei herausgekommen, dass die betrachteten Vergleichspaare in der Flora 86 % und in der Fauna 49 % deutliche Vorteile in der Bewirtschaftung des Ökolandbaus erfahren haben, also von daher können wir da einen deutlichen Lösungsansatz bieten. Und, wie auch unter viertens der Volksinitiative verfasst, ist es aus unserer Sicht extrem wichtig, dass wir hier schauen, wie wir den Landwirten wirtschaftliche, auskömmliche Erzeugerpreise ermöglichen können, damit sie die anstehenden Maßnahmen im Bereich des Artenschutzes entsprechend umsetzen können. Wir regen hier an, dass insbesondere in den Gemeinschaftsverpflegungen des Landes ein deutlich höherer Ökoanteil verankert wird, das auch fest in den Ausschreibungen mit hinterlegt wird.

Natürlich muss es sicherlich auch Möglichkeiten geben, andere Arten alternativer Landwirtschaft, einer artenverträglichen Landwirtschaft dort zu hinterlegen und darüber mit zu erreichen, dass wir eine gesellschaftliche Weiterentwicklung bekommen, wo wir auch erleben, dass die Bevölkerung bereit ist, einen höheren Preis in vielen Bereichen für die Lebensmittel zu zahlen. Wir sehen unter anderem im Ökolandbau gerade, dass wir den wachsenden Absatz nicht mit Produkten aus Nordrhein-Westfalen bedient bekommen. Natürlich ist das absolut notwendig, damit wir auch für die Artenvielfalt weiter nach vorne kommen. So viel vielleicht erstmal als Eingangsstatement. – Danke schön.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Leifert, das war eine Punktlandung, vielen Dank. – Dann beginnen wir jetzt mit den Fragen, ich schaue in die Runde. Als Erste Frau Winkelmann und dann gehen wir rundherum, bitte sehr.

Bianca Winkelmann (CDU): Von unserer Seite aus nochmal ein herzliche Dankeschön, dass Sie sich die Zeit für uns nehmen. Unsere Naturschutzverbände und die Initiatoren der Artenvielfalt sind auch noch zugegen. Wir haben heute auch eine längere Sitzung gemeinsam hier.

115.000 Unterschriften für ein Mehr an Naturschutz in Nordrhein-Westfalen ist eine große Zahl und für uns als CDU-Landtagsfraktion natürlich ein wichtiger Beleg dafür, wie wichtig es ist, dass wir uns weiterhin auch mit diesem wichtigen Thema noch intensiv beschäftigen. Das vielleicht nur mal als Einstieg.

Meine Frage würde ich an Herrn Leifert richten. Wir haben das Thema der Ökomodellregionen nach vorne getrieben in Nordrhein-Westfalen. Drei Ökomodellregionen sind insgesamt ausgewiesen worden. Wir überlegen, wie können wir tatsächlich das Thema, mehr Öko, Ökoflächen, mehr Betriebe in dem Bereich des Ökolandbaus zu etablieren, umsetzen? Wie bewerten Sie das Thema „Ökomodellregionen“? Ich hätte noch eine zweite Frage, aber die stelle ich in der nächsten Runde. – Danke.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Leifert, bitte.

Jan Leifert (Bioland, Landesverband NRW e. V.): Herzlichen Dank. Für die Einrichtung der Ökomodellregionen kämpfen wir schon sehr lange in Nordrhein-Westfalen. Von daher ist der Aufschlag sicherlich gut und wird hoffentlich erfolgreich sein. Die verantwortlichen Modellregionenmanager werden voraussichtlich dann zum Jahreswechsel aktiv werden. Wir haben sicherlich auch drei recht gute Regionen jetzt mit dem Bergischen Land, mit dem Niederrhein und mit der Region Höxter, wo da viele Sachen angestoßen werden können, auch sicherlich gute Initiativen verknüpft werden können. Von daher ist das ein richtiger Schritt.

Wir hätten uns natürlich mehr Regionen gewünscht, um das in der Fläche auch noch weiter voranzutreiben. Da geht es speziell um die Frage der Weiterentwicklung von Absatzkanälen, von Wertschöpfungsketten. Von daher hilft uns das jetzt im Bereich der landwirtschaftlichen Beratung, der Umstellung nur bedingt. Es ist ganz wichtig, dass diese Wege aufgezeigt werden, aber bezüglich des Artenschutzes ist natürlich dann da eine weitere Aktivität notwendig, da, wie gesagt, das jetzt nicht Kern der Ökomodellregionen ist.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Leifert. – Herr Diekhoff, bitte.

Markus Diekhoff (FDP): Auch von meiner Seite nochmal herzlich willkommen – an alle die, die der Einladung zur Anhörung gefolgt sind, vielen herzlichen Dank. Schöne Grüße auch an die, die schon seit heute Morgen mit uns hier sitzen. Da möchte ich auch mit meiner ersten Frage direkt beginnen.

Ich gehe mal direkt ins Kleinklein. Ich möchte betonen, auch als Vorsitzender der Enquetekommission des Landtags „Gesundes Essen. Gesunde Umwelt. Gesunde Betriebe“, in der wir uns im Landtag seit nunmehr eineinhalb Jahren intensiv mit den

Themen auseinandersetzen, glaube ich, dass vielleicht mit einer Ausnahme, die jetzt aber nicht da ist, die Ziele insoweit schon geteilt werden. Das ist mein Erfahrung. Aber auch in der Enquete haben wir uns zur Aufgabe gemacht, auch ohne ideologische Scheuklappen wirklich mal zu ergründen: Was macht Sinn und was macht keinen Sinn, wo laufen wirklich Sachen falsch und wo nicht?

Und da ist mir eine Sache sofort ins Auge gestochen, auch in der Initiative. Daher eine Frage an Frau Kämmerling: Wie bewerten Sie denn die Forderung, dass bei Maßnahmen in Schutzgebieten explizit Biolandwirten kein Nachteil entstehen darf. Laut Ihrer Stellungnahme ist es so, dass die Forderungen auch Folgen für Biolandwirte hätten oder haben müssten. Und da bin ich schon mal so ein bisschen gestolpert.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Frau Kämmerling, bitte.

Verena Kämmerling (Westfälisch-Lippischer Landwirtschaftsverband e. V.): Deswegen haben wir das auch nochmal in unserer Stellungnahme klargestellt. Die Problematik ist immer, wenn man von gesetzlicher Seite Auflagen festschreibt, dass die dann auf der anderen Seite nicht mehr mit öffentlichen Geldern gefördert werden können, weil sie dann als gesetzliche Vorgabe von jedem einzuhalten sind. Ich denke, dahin geht auch die Formulierung – ich kann das jetzt nur interpretieren –, der Autoren der Volksinitiative, dass da schon Bewusstsein für da ist, dass an der Stelle ein Zielkonflikt sein könnte und deswegen dann geschrieben wird, dass hierdurch den Ökolandwirten kein Nachteil entstehen soll. Die Ökolandwirte bekommen ja ihre Förderung unter anderem dafür, dass sie keine chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmittel einsetzen. Und wenn man das jetzt dann durch eine Verordnung oder durch ein Gesetz ausschließt, müsste man die Ökoförderung um den Betrag reduzieren, der für diesen Punkt bezahlt wird.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Frau Kämmerling. – Herr Schneider, bitte.

René Schneider (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Schön, dass wir uns zum Teil im ähnlichen Setting heute Nachmittag auch wiedersehen zum Thema Volksinitiative. Auch an die zum Teil heute erschienen Vertreter der Volksinitiative und diejenigen, die es angestoßen haben, nochmal herzlichen Dank, dass Sie hier sind.

115.000 Unterschriften, ist gerade schon gesagt worden, das ist eine richtige Marke, die Sie da in Coronazeiten hingelegt haben. Acht Forderungen sind formuliert. Der Landtag muss sich jetzt damit befassen. Wir machen das auf diese Art und Weise, weil es eigentlich so ein richtig standardisiertes Verfahren an der Stelle vielleicht gar nicht gibt. Das führt mich dann auch zu der ersten Frage, die ich in Richtung Herrn Professor Buttschardt stellen möchte.

Wir beschäftigen uns mit acht Forderungen, und die müssen wir als Gesetzgeber, als gesetzgebendes Organ jetzt irgendwo so kanalisieren, wenn wir das ernst nehmen, was die Menschen von uns wollen, dass es auch in Gesetzen mündet, in Initiativen mündet, in Erlassen, was auch immer. Und da – das war keine richtige Auseinandersetzung – ist klar geworden, zum Beispiel zwischen Ihnen, Herr Professor Buttschardt und Herrn Welge, dass es da durchaus auch Zielkonflikte gibt. Die Frage an Sie, Herr Professor Buttschardt: Wo sehen Sie den goldenen Mittelweg zwischen Mensch und Tier und vor allen Dingen die Kanäle, die wir jetzt als Landtag prioritär ansteuern sollten? Welche Punkte aus der Volksinitiative würden Sie nehmen, wenn Sie an unserer Stellen wären, und würden die wie in die richtige Richtung schubsen?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Professor Buttschardt, bitte.

Prof. Dr. Tillmann K. Buttschardt (WWU Münster, Institut für Landschaftsökologie): Grundsätzlich, ich würde drei verschiedene Punkte machen wollen. Der erste Punkte ist: Unvoreingenommen neu darüber nachzudenken, ob die Instrumente, die bisher etabliert sind, auch funktionieren. Das steht ein bisschen in Analogie zu dem, was Herr Diekhoff gesagt hat, also funktionieren sie wirklich und erfüllen sie die Ziele, die wir brauchen? Ich will nochmal auf die Abbildung 1 meiner Stellungnahme verweisen. Wir haben auch aus dem EU-Recht die Vorgabe, für Lebensraumtypen und für die Arten günstige Haltungszustände zu schaffen. Sie sehen ja, das funktioniert so nicht.

Also, erstens muss im Prinzip alles nochmal auf den Prüfstand, ob das so funktioniert. Herr Dr. Hentschel hat den Ökoausgleich oder die Kompensation angesprochen. Machen wir da das Richtige? Ist das richtig auf den Flächen? Erster Punkt.

Zweiter Punkt wäre – das habe ich auch ausgedrückt in der Stellungnahme –, die Landesregierungen – ich schließe da ausdrücklich auch die Vorgängerregierung mit ein, die jetzige hat die Biodiversitätsstrategie ja nicht verändert – haben eine Zielsetzung, die sie formuliert haben. Ich formuliere auch die Instrumente, die bestehen, insbesondere die Landschaftsplanung oder auch den kooperativen Naturschutz nochmal auszubauen. Zentraler Punkt ist hier allerdings, dass wir die gute fachliche Praxis wirklich anschauen und nicht wie so ein „hohles Wieselei“ interpretieren, dass man sagt, wir hätten sie. Wir kommen vielleicht noch ein bisschen zur Diskussion über die Pestizidanwendung an Gewässerstreifen usw., mit der Anwendungsverordnung, die jetzt da ist. Das wäre ja eine gute fachliche Praxis, die aber jetzt praktisch wieder nicht funktioniert, weil sie durch entsprechende Ausnahmeregelungen gerade schon wieder außer Kraft gesetzt wird.

Und der dritte Punkt – meine Zeit ist gleich um – ist die Landschaftsplanung. Ich bin selber Landschaftsplaner, ist ja klar, dass man da für sein eigenes Fach spricht. Aber die Landschaftsplanung, wie sie in NRW genutzt wird, muss besser integriert werden. Ich glaube auch, dass die Landwirte zum Beispiel über eine ökologische Flurbereinigung, wie sie im Süden auch existiert, sehr viel auch für die Zukunft vorbereitet wären und besser gestellt werden könnten.

Wenn man sich so ein Instrument der ökologischen Flurbereinigung mal anguckt, wie kriege ich denn die Flächen in den Schutzgebieten … 100 % konventioneller Landbau in einem Naturschutzgebiet. Es tut mir leid, das kann ja nicht funktionieren. Da ist irgendwo ein Fehler gemacht worden in der Vergangenheit, den sicher nicht der Landwirt zu verantworten hat. Aber wenn das eben so ist, dann kriegen wir in den Schutzgebieten diese Insektenrückgänge, die wir seit 20 Jahren konstatieren … Auch wenn der Weißstorch, Mäusefresser, wieder nach vorne geht, ist das noch kein Zeichen dafür, dass es besser wird.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Prof. Buttschardt. – Herr Rüße, bitte.

Norwich Rüße (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Ich kann mich dem auch nochmal anschließen, was meine Vorgänger gesagt haben. In der Tat, eine Volksinitiative, gerade in Zeiten von Corona, die 115.000 Unterschriften sammelt, das ist schon eine Leistung und zeigt auch nochmal, wie sehr das Thema Artenvielfalt oder Rückgang der Artenvielfalt die Bevölkerung hier in Nordrhein-Westfalen auch interessiert.

Meine erste Frage würde an Herrn Leifert gehen. Sie haben eben dargestellt, dass Sie Mitträger waren oder sind der Volksinitiative. Und als solcher werden Sie den Punkt 4 auch mitdiskutiert haben. Da eben gerade die Frage aufkam, inwieweit die Förderung des Ökolandbaus ein Problem wäre, wenn das Land NRW seine Flächen vorrangig an Ökobetriebe verpachten würde, da wüsste ich gerne, ob Sie das Problem gar nicht gesehen haben oder ob es das Problem gar nicht gibt?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Leifert, bitte.

Jan Leifert (Bioland, Landesverband NRW e. V.): Grundsätzlich ist das Problem, wie Frau Kämmerling es geschildert hat, natürlich existent, dass alles das, was im Gesetz verankert ist, grundsätzlich nicht durch eine Förderung entsprechend entschädigt werden kann. Das sind auch Punkte, die wir jetzt im Rahmen der GAP ziemlich intensiv rauf- und runterdiskutieren, weil jetzt über die Verknüpfung mit den Ecoschemes in der ersten Säule das Förderrecht an der Stelle insgesamt deutlich komplexer geworden ist. Es ging – deshalb steht da auch, dass dem Vertragsnaturschutz hierdurch keine Nachteile entstehen dürfen – nicht darum, das jetzt auf eine einzelne Gruppe von Landwirten zu beschränken, sondern dass grundsätzlich die Förderung auch weiterhin in allen Bereichen möglich sein sollte und dass das bei einer guten Umsetzung der Handlungsoptionen der Volksinitiative dann mitberücksichtigt werden sollte.

Bezüglich der Verpachtung von landeseigenen Flächen, wenn es dort in den Verfahren entsprechend mitverankert ist, also sprich in den Pachtverträgen drin steht, dass es auch eine Verpflichtung zum Ökolandbau gibt, auch dann besteht nach aktuellem Stand keine Fördermöglichkeit. Aber das Land hätte durchaus die Möglichkeit, die Pachtansätze entsprechend herunterzufahren, um dann eine wirtschaftliche Bewirtschaftung darüber zu ermöglichen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Leifert. – Die AfD-Fraktion ist bei dieser Anhörung nicht dabei, also beginnt jetzt die zweite Runde wieder mit der CDU-Fraktion, Herr Ritter, bitte.

Jochen Ritter (CDU): Danke, Frau Vorsitzende! Meine Frage geht an Herrn Welge. Mein Herz schlägt für den Wald, in meinem Wahlkreis ist viel Privatwald, aber als ehemaliger Kommunaler habe ich auch Interesse an Kommunalwald. Das Wiederaufforstungskonzept der Landesregierung sieht erhebliche Anteile für Naturverjüngung vor, aber die Forderung 3 der Initiative geht doch erheblich darüber hinaus. Es sollen 10 % der Waldfläche aus der Nutzung herausgenommen werden. Da würde mich interessieren: Wie sehen Sie das vor dem Hintergrund dieser Kalamität, mit der wir seit drei, vier Jahren erheblich zu kämpfen haben?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Welge, bitte.

Axel Welge (Städte- und Gemeindebund NRW): Vielen Dank, Herr Ritter für die Frage. Sie haben es zu Recht angesprochen, dass wir Kommunen auch in vielen Fällen Waldbesitzer sind und wir von daher auch enorme Schäden in den letzten Jahren zu beklagten hatten aufgrund der starken Dürre. Ich will mal zwei Antworten geben.

Auf der einen Seite ist das, was die Volksinitiative vorgeschlagen hat, absolut nachvollziehbar, und zwar absolut nachvollziehbar deshalb, weil nur im Wald, der sich natürlich regeneriert, der möglichst nicht irgendwelchen Baumarten von außen neu bepflanzt wird, sondern der sich auf natürliche Art und Weise regeneriert, wo die Städte oder die Kommunen Wildnis wagen können, sozusagen. Nur in solchen Wäldern ist auch wirklich was für den Artenschutz getan. Insofern ist das zunächst mal nachvollziehbar, aber unsere Waldbesitzer sagen mir, dass man aus finanziellen Gründen vorsichtig sein muss, weil nach wie vor auch ein wirtschaftlicher Aspekt dahintersteckt. Ich glaube, man sollte das Thema intensiv diskutieren. Dieses geht nach meiner Auffassung zumindest in die richtige Richtung, indem man sagt, man lässt mehr Fläche für die Natur und damit für den Artenschutz übrig. – Danke.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Welge. – Herr Diekhoff, bitte.

Markus Diekhoff (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Ich habe noch eine Frage an Frau Kämmerling, und zwar betonen Sie in Ihrer Stellungnahme ganz deutlich, dass die Naturschutzgebiete in Nordrhein-Westfalen gar nicht primär für den Insektenschutz ausgewiesen wurden. Wir diskutieren aber heute über den Insektenschutz hier. Warum ist Ihnen die Differenzierung in dem Bereich so wichtig? Können Sie die Aussage da nochmal erläutern?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Frau Kämmerling, bitte.

Verena Kämmerling (Westfälisch-Lippischer Landwirtschaftsverband e. V.): Ja, das schließt sich auch an mein Eingangsstatement an. Es gibt für die unterschiedlichsten Schutzgebiete auch unterschiedliche Gründe, warum die als Schutzgebiete ausgewiesen worden sind. Es gibt beispielsweise auch Schutzgebiete, die beschäftigen sich vorrangig mit dem Moor, Bodenschutz oder anderen Gründen. Der Insektenschutz, der ja wichtig ist, das will ich ja gar nicht abstreiten, ist ja nicht ein Schutzziel bei der Ausweisung dieser Schutzgebiete gewesen.

Auch nochmal zu der Einlassung von Herrn Professor Dr. Buttschardt: Natürlich ist es für einen Landwirt dramatisch, wenn er jetzt feststellt, dass 100 % seiner Ackerfläche im Schutzgebiet liegen und jetzt solche Auflagen kommen, wie sie jetzt gekommen sind. Aber, und auch da muss ich nochmal auf die Vergangenheit verweisen, man hat den Landwirten gesagt – dann waren die damit auch einverstanden –, sie dürften weiter wirtschaften. Dementsprechend haben die sich nicht dagegen gewehrt, dass die Ackerflächen in die Schutzgebiete hineingenommen werden. Da zeigt sich jetzt quasi diese Diskrepanz, die auch zu dem großen Unmut führt.

Und am Ende ist es natürlich wichtig, Wege zu finden, auch die Insekten zu schützen, die Artenvielfalt zu fördern. Aber es kann auf diese Art nicht der richtige Weg sein. Deswegen hier auch nochmal die Klarstellung, man muss sich wirklich die einzelnen Schutzgebiete anschauen, dann da dem Schutzzweck entsprechend nach vorne kommen und nicht pauschal.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Frau Kämmerling. – Herr Schneider, bitte.

René Schneider (SPD): Vielen Dank. Eine Frage an Herrn Leifert. Der Ökolandbau soll in den EU-Mitgliedstaaten bis 2030 auf 25 % ausgeweitet und der Pestizid- und Antibiotikaeinsatz halbiert werden – nicht ganz unwichtig für das, worüber wir heute reden. Welchen Beitrag kann die Umsetzung der Volksinitiative zu diesem Ziel leisten? Was wären die Punkte und Maßnahmen, die da auch dem Ökolandbau am meisten helfen würden?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Leifert, bitte.

Jan Leifert (Bioland, Landesverband NRW e. V.): Ich glaube eher, dass wir über den Ökolandbau der Volksinitiative da weiterhelfen können aufgrund der Bewirtschaftungsvorgaben, die wir im Ökolandbau haben, einmal was den Verzicht auf die Pestizide etc. angeht, aber auch, was eine reduzierte Düngung usw. angeht. Und dazu ist es natürlich wichtig, es in der Fläche auszudehnen. Ja, wir haben das Ziel der EU, auf 25 % Ökolandbau zu kommen. Wie ich eben schon gesagt habe, wir sehen hier eine Tendenz, dass wir in Nordrhein-Westfalen da nach wie vor im Bundesvergleich Schlusslicht sind und dass wir diese Zahlen auch nicht geändert bekommen. Ich glaube, das ist eine große Chance, die wir uns da entgehen lassen, wenn nicht mehr Landwirte umstellen, weil einfach Wertschöpfung auch abwandert.

Deshalb die Forderung, wirklich gezielter den ganzen Bereich Außer-Haus-Verzehr in den Blick zu nehmen, wirklich den Leuten die Ökolebensmittel auch flächendeckend anzubieten. Wir haben in der Coronazeit gesehen, dass der Absatz mit Ökolebensmitteln stark nach oben gegangen ist. Die Leute, die sonst in der Kantine vielleicht überhaupt nicht das Angebot hatten, Ökolebensmittel zu konsumieren, haben dann zu Hause die Sachen aber für sich im LEH gekauft. Da müssen wir Anstrengungen unternehmen, um in der Fläche noch gezielter diese Ziele, was die Biodiversität angeht, zu erreichen. Es ist, wie gesagt, existenziell für uns in der Landwirtschaft, das wir da auf einen breiten Genpool zurückkommen können, dass wir eine funktionierende Gemeinschaft von Pflanzen und Tieren haben.

Wir sind auf ein aktives Bodenleben angewiesen, auch im Ökolandbau, was nur mit einer hohen Biodiversität funktioniert. Deshalb sollten wir alles daran setzen, dass wir in der Fläche so viele Maßnahmen wie möglich auf konventionellen Betrieben, aber dann aber auch auf den Biobetrieben, umgesetzt bekommen. Und, wie gesagt, die Marktentwicklung zeigt, dass da auch Nachfrage entsprechend vorhanden ist.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Leifert. – Und Herr Rüße, bitte.

Norwich Rüße (GRÜNE): Meine Frage geht an Herrn Prof. Buttschardt. Sie haben in Ihrer Stellungnahme auf S. 4 geschrieben – ich zitiere –:

> „Im Grunde verlangt die Volksinitiative nicht mehr und nicht weniger, als dass die Biodiversitätsstrategie auch umgesetzt wird."

Daraus ableitend würde ich Sie fragen wollen: Haben wir in puncto Naturschutz in Nordrhein-Westfalen ein Umsetzungsdefizit, das für diese schwierige Lage bei der Artenvielfalt mitverantwortlich ist? Und wenn dem so wäre, wären die acht Punkte der Volksinitiative hier hilfreich, und welche von den Punkten würden Sie da nach vorne stellen?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Prof. Buttschardt, bitte.

Prof. Dr. Tillmann K. Buttschardt (WWU Münster, Institut für Landschaftsökologie): Vielen Dank für die drei Fragen. Aus der Sicht eines Gliedertieres, wir sprechen ja über Insektenrückgang, aber wir müssen feststellen, dass nicht nur die Insekten, sondern generell die Gliedertiere für die Ökosysteme sehr wichtig sind. Sie können, wenn Sie in einen Komposthaufen mal reingucken, was da so an Umsetzungsprozessen ist, feststellen, dass das nicht nur Insekten sind.

Aus dieser Sicht würde ich sagen, ja, haben wir, ansonsten würden wir die Indikatoren nicht auf Rot haben. Warum haben wir diesen Rückgang bei den Vögeln? Warum konstatieren wir bei den Insekten einen Biomasseverlust – das ist alles was rumflackert – von 70 %? Warum bekommen wir auch bei den gängigen Tagfalterarten, selbst an Orten, wo wir früher, das weiß jeder oder jede aus eigener Erfahrung, warum haben wir da nur noch fünf bis sechs Arten, wenn es hoch kommt, und in der breiten Fläche

eben nicht mehr so viele? Das ist wirklich dramatisch. Ob das jetzt in Nordrhein-Westfalen spezifisch ist, lasse ich mal dahingestellt, weil in anderen Ländern vielleicht diese Informationslage nicht da ist. Aber auch für andere Gliedertiere, Spinnen oder andere Asseln, haben wir einfach die Untersuchungen nicht. Überlegen Sie mal, 2013 hatte der Krefelder Verein das schon mal in einem Mitteilungsblatt publiziert. Erst 2017 hat dann quasi über die Veröffentlichung in den Proceedings die Öffentlichkeit das auch wahrgenommen. Also das ist definitiv so.

Wir haben heute schon über den kooperativen Ansatz in Nordrhein-Westfalen gesprochen. Andere Bundesländer machen das tatsächlich in einer gewissen Form anders, auch in der Landwirtschaftsplanung anders, auch in der Schutzgebietsplanung anders. Und selbstverständlich gibt es Schutzgebiete, in denen die Insekten zentral zu schützen sind.

Ich würde vielleicht nochmal anmerken wollen an der Stelle, wir sollten nicht immer von Naturschutz bei Schutzgebieten sprechen. Wir haben Naturschutzgebiete, die wirklich die Biodiversität und den Artenschutz adressieren, also vornämlich auch Insekten, und wir haben Landschaftsschutzgebiete. Und Landschaftsschutzgebiete dienen auch der Erholung, und, bitte schön, deswegen haben wir in Nordrhein-Westfalen so einen hohen Anteil an Landschaftsschutzgebieten, weil wir so bevölkerungsreich sind und weil wegen der Erholung so viele Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen sind. Das bitte wirklich trennen und nicht denken, wenn wir jetzt von Schutzgebieten sprechen, dann sind die Gebiete, die also im Ruhrgebiet sind, auch per se gemeint, sondern in der Tat müssen wir unsere – das ist jetzt noch der Punkt – die Naturschutzgebiete wirklich schützen, das sind ja die Kernflächen.

Und zu diesem Punkt Biotopverbund: Wenn der Biotopverbund funktionieren soll, dann brauchen Sie Orte oder Lebensstätten oder Lebensraumtypen, nochmal Abbildung 1 meiner Stellungnahme, die intakt sind, wo sich die Arten vermehren können, wo sich stabile Populationen bilden können. Das ist schon in der Definition dieser Lebensraumtypen und des guten Erhaltungszustandes so. Und wenn – und das haben die Krefelder Forscher ja nachgewiesen und das sehen viele Biostationen auch – wir diesen Zustand nicht haben, dann ist es so, dass unsere Instrumente, die wir bisher angewandt haben, nicht funktioniert haben.

Darum kann ich nur sagen, bitte Scheuklappen ablegen, Türe zu machen, ordentlich streiten und einen Weg finden, der wirklich in die Richtung geht, dass diese Schutzgebiete auch ihre Funktion erfüllen können! Selbstverständlich brauchen die Landwirte, die in diesen Schutzgebieten wirtschaften, einen Ausgleich. Das ist ja gar keine Frage. Das ist auch von mir an keiner Stelle in Abrede gestellt worden, dass es so nicht geht. Entweder sind die Landwirte am falschen Ort oder das Schutzgebiet am falschen Platz. Aber so ein Moor können Sie ja nicht so einfach woanders hinlegen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Prof. Buttschardt. – Dann gehen wir jetzt in die dritte Runde. – Frau Winkelmann beginnt, bitte.

Bianca Winkelmann (CDU): Ich würde den Faden gleich nochmal aufgreifen und meine Frage vielleicht an Dr. Hentschel richten. Frau Kämmerling hatte vorhin auch schon darauf hingewiesen, und Sie haben es auch gerade in Ihrer Stellungnahme nochmal betont, das Thema Zusammenspiel Schutzgebiete bzw. Naturschutzgebiete und deren Definition inklusive der Anwendung der guten fachlichen Praxis und des Wortbruches sozusagen den landwirtschaftlichen Unternehmern gegenüber. Dr. Hentschel, wo sehen Sie die Probleme, wie würden Sie es angehen, wie könnte man da vorgehen?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Dr. Hentschel, bitte.

Dr. Armin Hentschel (Landwirtschaftskammer NRW): Schönen Dank für die Frage. Ich bin seit 35 Jahren mit diesem Thema immer mal wieder befasst gewesen. Es ist in der Tat bei der Ausweisung der großen Schutzgebiete in den 80er-, 90er- und Anfang der 2000er-Jahre immer die Zusage gewesen, wir nehmen die Ackerflächen mit rein, um die Gebiete zu arrondieren und auch in der Landschaft gut nachvollziehbar zu machen. Aber die Ackerflächen sollen nicht mit Auflagen belegt werden. Wenn aus Naturschutzsicht weitere Ziele verfolgt werden, dann wurde verwiesen auf die Möglichkeit vertraglicher Abschlüsse, auf den Grunderwerbflächentausch etc. Das ist in der Tat so kommuniziert worden, so.

Jetzt sind wir heute natürlich klüger und stellen fest, dass die Ackerflächen aus der heutigen Sicht auch einen anderen Stellenwert haben. Vor 30 Jahren hat man die Ackerflächen immer so gerne gleich hinter den Asphaltflächen einsortiert, alles nicht wichtig, brauchen wir nicht zu machen. Heute haben wir einen anderen Stand. Die Lösung kann aus Sicht unseres Hauses nur darin bestehen, dass man gemeinsam mit den Landwirten Maßnahmen umsetzt. Wir haben umfassende Förderpakete mit interessanten Extensivierungsangeboten. Es wird, wenn man die Landwirte mitnehmen will, am Ende keinen anderen Weg geben, als in die Kommunikation zu gehen, gemeinsam mit dem Landwirten Maßnahmen umzusetzen, dafür Förderangebote haben, die angemessen sind. Man wird sicherlich in bestimmten Fällen auch über Flächentausch oder Grunderwerb, Kernräume, Teile der Schutzgebiete in öffentliches Eigentum bringen, reden.

Das kann der Weg sein. Ich stelle fest, dass unsere Landwirte im Grundsatz sehr offen sind, die Wege mitzugehen, aber natürlich von dem, was sie tun, auch leben müssen und berechtigterweise dann auch einen finanziellen Ausgleich fordern. Und, wenn ich das noch anhängen darf, in dem Maße, in dem wir für die Schutzgebiete gesetzliche oder anderweitig fixierte Restriktionen bringen, beispielsweise auch in Pachtverträgen, fallen diese Flächen aus der Förderung raus. Das ist so. Da haben wir gerade in jüngerer Zeit doch einige Fälle erkannt, wo, gut gemeint aus Sicht der Kommunen, landwirtschaftliche Betriebe bei der Pacht der Flächen mit Auflagen versehen wurden und im Nachhinein feststellen mussten, dass sie damit aus der Förderung rausgefallen sind. – Danke.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank Dr. Hentschel. – Dann gehen wir weiter zur FDP, Herr Diekhoff, bitte.

Markus Diekhoff (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Ich bleibe einfach mal bei Herrn Dr. Hentschel. Einen Teil einer Frage, die ich Ihnen gerade stellen wollte, haben Sie sozusagen gerade schon mit angenommen, nämlich wo ambitionierter Naturschutz auch schon sein Ziel verfehlen kann, einfach weil er überambitioniert ist, wie in den Fällen gerade gesagt. Sie haben sich aber auch nochmal explizit zur Ausweitung des Biotopsverbunds auf 20 % in Nordrhein-Westfalen geäußert in der Stellungnahme, dass Sie da auch etwas kritisch sind. Haben Sie denn eine bessere Alternative, also einen anderen Ansatz, oder wo liegt die Kritik?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Dr. Hentschel, bitte.

Dr. Armin Hentschel (Landwirtschaftskammer NRW): Ich hatte eingangs darauf hingewiesen, dass wir in einem wirklich sehr extrem verdichteten, besiedelten und industrialisierten Land leben, auch mit einem sehr hohen Erholungsdruck, der auf dem Freiraum liegt. Ich denke, das muss man im Hinterkopf haben. Wenn ich die Gebietskulisse des Biotopverbundes sehe, wie sie heute ist, dann haben wir da in der Tat schon sehr viel Fläche drin. Der Schwerpunkt sollte darin bestehen, dass man diese Flächen im Sinne des Naturschutzes optimiert und nicht sagt, wir brauchen jetzt wieder noch weitere Prozente. Das bringt nichts. Das ist ein Gewinn auf dem Papier, aber kein qualitativer Fortschritt.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Dr. Hentschel. Frau Watermann-Krass, bitte.

Annette Watermann-Krass (SPD): Ich hätte eine Frage an die kommunalen Spitzenverbände, an Herrn Welge. Eine der Forderungen ist unter anderem, auch der Artenschutz in der Stadt soll gefördert werden. Es ist ja nicht nur die Landwirtschaft angesprochen. Ich würde gerne von Ihnen wissen, wie sehen Sie diese Forderung nach mehr Grün in der Stadt, aber auch wir verzichten auf Pestizide, Lichtverschmutzung oder Baumschutzsatzung, „Gärten des Grauens“, also weniger Schottergärten. Sagen Sie da nochmal was dazu, wie Sie die Forderung in diesem Punkt bei den Kommunen bewerten?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Welge, bitte.

Axel Welge (Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen): Das möchte ich gerne tun. Ich will mal mit den „Gärten des Grauens“ anfangen. Das sehe ich nicht nur persönlich genauso, sondern das sehen unsere ganzen kommunalen Praktiker mit großer Sorge. Es gibt auch Bundesländer, die inzwischen so etwas verbieten wollen oder verboten haben. Das ist natürlich ein Unsinn

hoch 10. Es ist nicht nur eine ästhetische Zumutung, es ist vor allen Dingen für die Artenvielfalt, für die Insekten eine Katastrophe.

Und das Zweite ist, das städtische Grün wird in den nächsten Jahren noch stärker an Bedeutung zunehmen. Wir haben in der Coronazeit erlebt, wie stark die Flächen in der Stadt, die Grünflächen, nachgefragt wurden. Da kommen wir auf das Thema Erholungsdruck, auch gleichzeitig bei den Flächen, die wir gerade in den Großstädten haben. Darauf werden wir in den nächsten Jahren mit Sicherheit einen großen Schwerpunkt legen. Es hängt natürlich auch mit dem Klimawandel zusammen, der Anpassung. Je grüner wir die Städte machen, desto besser ist es natürlich auch für die Anpassung an den Klimawandel. Also, das ist sehr wichtig.

Die kommunalen Baumschutzsatzungen haben wir ja mit einer entsprechenden Mustersatzung immer allen Städten bei uns empfohlen. Insofern sind wir froh darüber, dass in den letzten Jahren sehr viele Städte diese Satzung wieder anwenden. Es gab zwischendurch mal eine entgegengesetzte Tendenz, das will ich gar nicht bestreiten, auch gerade bei etwas kleineren Kommunen, aber inzwischen ist, glaube ich, erkannt, dass der Baum, der Baumschutz von großer Bedeutung sind. Insofern können wir bei diesem Punkt inklusive der Lichtverschmutzung die Forderung der Initiative nicht nur nachvollziehen, sondern wir würden versuchen, auch in den nächsten Jahren hier einiges zu tun.

Gerade beim Thema Lichtverschmutzung können Sie sich vorstellen, Großstädte wie Düsseldorf oder Köln und auch andere, sind natürlich ein Hort von Lebendigkeit, auch von Licht. Das ist ja auch gut und schön so, aber wir müssen trotzdem aufpassen, dass es hier nicht gerade in der hellen Jahreszeit, wenn auch viele Insekten unterwegs sind, möglicherweise zu Flugbewegungen kommt, die nicht erwünscht sind und entsprechendes Sterben bei den Arten herbeigeführt wird. Darauf werden wir auch unsere Aufmerksamkeit richten.

Und bei der Finanzierung, wenn es darum geht, sind wir – danke, dass Sie das nochmal ansprechen, das haben wir in unserer Stellungnahme auch deutlich gemacht, in unseren Positionspapieren – auch darauf angewiesen, dass uns Bund und Länder natürlich dabei unterstützen. Ich nenne mal ein kleines Beispiel, was vielleicht für viele banal klingt, was aber vor Ort von Bedeutung ist.

Wir haben in unseren Papieren, die beiliegen, vorgeschlagen, die Stelle eines sogenannten Biodiversitätsmanager in den Städten einzurichten. Das wäre parallel zu dem Klimaschutzmanager, den es auch gibt, der auch vom Bund gefördert wird über die Mittel aus dem Emissionshandel. So einen Kümmerer stellen wir uns für die Städte vor, der natürlich beim Umweltamt, aber möglicherweise auch sogar zentral beim OB angesiedelt ist und der sich um dieses Thema zentral kümmert, der auch die verschiedenen Fäden zusammenbringt. Hier wären wir auch dankbar, wenn es entsprechende Unterstützung gäbe. – Danke.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Welge. – Und dann geht es weiter Herrn Rüße, bitte sehr.

Norwich Rüße (GRÜNE): Meine Frage geht an Herrn Prof. Buttschardt. Forderungspunkt 5 der Volksinitiative bezieht sich auf den Biotopverbund. Da hätte ich gerne eine Einschätzung von Ihnen, wie notwendig das ist, also wo stehen wir in Nordrhein-Westfalen in puncto Biotopverbund? Und wie wichtig ist der letzte Satz, der dort formuliert ist, dass ein deutlicher Schwerpunkt im Offenland liegen soll?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Prof. Buttschardt, bitte.

Prof. Dr. Tillmann K. Buttschardt (WWW Münster, Institut für Landschaftsökologie): Vielen Dank für die Frage. Die ist ja schon gerade in dem Beitrag von Herrn Dr. Hentschel aufgetaucht. Ich war schon mal hier gewesen, als es um dieses Thema auch ging. Die Frage um die Biodiversität oder die Schutzstrategie tangiert zentral eine übergeordnete strategische Ebene. Biotopverbund ist ja nicht nur eine Idee, die im Land Nordrhein-Westfalen existiert, sondern sie ist ein Kernbestandteil auch der EU FFH-Richtlinie, die als drittes großes Ziel, neben der Erhaltung der Lebensräume und der Arten, die Schaffung eines kohärenten Netzwerkes von Lebensräumen und Austauschbeziehungen fordert.

Das heißt, wir nehmen dieses Konzept dann nach unten und haben dann wie so ein Skelett eine Art Grundgerüst mit Großschutzgebieten. Das wäre ein Punkt, der hier auch angesprochen ist, wo ich gleich vielleicht kurz vorwegnehmen kann. Es wäre ganz günstig, man hätte in Nordrhein-Westfalen auch noch ein zweites Großschutzgebiet oder ein drittes und ein viertes, um zum Beispiel dunkle Kernlebensräume zu erhalten. Wenn man diesen Verzicht auf Nutzung in diesen Schutzgebieten konzentrieren könnte, dann würde man sehr wohl so ein Kerngebiet für einen Biotopverbund schaffen.

In den Wäldern ist es vielleicht unproblematischer, aber wegen der starken Landnutzungseinwirkung auch auf den Feldern und Wiesen ist natürlich die Landwirtschaft, Offenland der zentrale Punkt, der dort angesprochen ist. Auch sind die Schutzgebiete kleiner, müssen ja auch kleiner sein. Und die Verbindung zu den Fließgewässern ist da ein wichtiger Punkt. Wenn wir jetzt gucken, wie der Biotopverbund planerisch realisiert ist, dann bilden das Skelett oder das Grundgerüst die Großschutzgebiete mit einem wirklich starken Schutzcharakter, also nicht die Landschaftsschutzgebiete. Das ist kein Anteil. Das ist so ein bisschen Gewebe um dieses Skelett drum rum, wenn sie gut sind. Ansonsten brauchen wir die Naturschutzgebiete dazu. Und das ist ja auch der Grund, weswegen in den Naturschutzgebieten alle Flächen, die mit Pestiziden oder Insektiziden oder Fungizid behandelt werden, raus sollten, weil genau Insektizide Insekten töten. Und das wollen wir in den Schutzgebieten nicht haben. Das würde ja kontraproduktiv sein.

Also müssen die Gelenke, wenn man so möchte, dieses Skeletts Biotopverbund auch funktionsfähig sein. Die dürfen nicht versteift sein. Das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz, das LANUV, hat ja eine schöne GIS-Anwendung, ein Informationssystem, da können Sie alle mal gucken, wenn Sie sich die ganzen Schutzge-

biete mit reinpausen um die Biotopverbundflächen und dann die Satellitenbilder dahinterschalten – im Moment ist das ziemlich gut, weil da Satellitenbilder aus dem Frühjahr hinterlegt sind, sodass man auf einem Blick erkennen kann, wo Maisschläge sind und wo andere Nutzungen sind. Dann sieht man, dass sehr vieles von dem, was im Biotopverbund eigentlich auf der Karte steht, in der echten Wirklichkeit letztendlich ein intensiv genutzter Acker ist.

Das heißt also, dieses Skelett würde ein Haufen Knochen sein. Das würde also nicht funktionieren, würde nicht gehen können im Moment. Es ist auch meine Kritik da dran, dass wir keine Instrumente haben. Nochmal: Was können wir da tun? Ja, man kann ernst nehmen, was wir dort haben. Wir müssen uns die Schutzgebietskonzepte angucken und dann ehrlich auch sagen, wo es funktioniert und wo es nicht funktioniert. Herr Hentschel sagte zu Recht, Landwirte mitnehmen, um dann zu gucken, in diesem Gebiet sind die Landwirte drin, mit denen müssen wir reden. Städte übrigens auch, Randzonen von Städten können damit genauso rein, um dann wirklich daran zu arbeiten, den Biotopverbund auch mit Leben zu erfüllen.

Die Zielsetzung 20 % ist schön, aber jetzt haben wir 10 %, aber auch nicht umgesetzt. Das war meine Kritik. In der letzten Stellungnahme, die ich geschrieben habe, kann man das auch nochmal nachlesen. Und ich hatte ja vorgeschlagen, so eine Art ökologische Flurbereinigung zu machen. Wir müssen natürlich dann irgendwann über Flächen sprechen, also wo gehen die hin, wo kommen die her, wie arrondiert man die, wie ist das sinnvoll machbar für die Zukunft? Und das ist tatsächlich ein Vorhaben, das nicht für zehn Jahre gilt, sondern das gilt für die nächsten Generationen, in denen es umgesetzt werden muss. Letztes Wort: Ich sagte auch, die Zeit drängt. Die Zeit drängt da wirklich.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Prof. Buttschardt. – Dann beginnen wir jetzt die vierte Runde. Es beginnt Herr Ritter für die CDU-Fraktion, bitte.

Jochen Ritter (CDU): Danke, Frau Vorsitzende! Dann will ich gerne Frau Kämmerling als letzte in der Reihe, die noch nichts zum Biotopverbund gesagt hat, dazu nehmen. Professor Buttschardt sprach gerade davon, Landwirte mitzunehmen. Fühlen Sie sich vernünftig mitgenommen, wenn gefordert wird, um 20 % auszuweiten, oder hängen eher der These von Dr. Hentschel nach, optimieren? Wie ist da Ihre Position zu Biotopverbund?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Frau Kämmerling, bitte.

Verena Kämmerling (Westfälisch-Lippischer Landwirtschaftsverband e. V.): Es werden ja im LEP die 15 % als Zielvorgabe genannt. Ich glaube, Herr Dr. Buttschardt, Sie haben auch in Ihrer Stellungnahme nochmal dargestellt, dass diese 15 % noch gar nicht erreicht sind. Also ist meine Position oder unsere Position: Lasst uns doch erstmal dieses alte Ziel erreichen, bevor man sich ein neues Ziel setzt. Dann ist das zwar

schön hingeschrieben, aber noch nicht mit Leben erfüllt. Deswegen haben wir die Position, dass wir die 15 % gut finden und dann erstmal das erreichen, was da vorgegeben ist, dass wir die Vernetzungsstrukturen stärken, dass wir schauen, wie wir erst einmal zu den 15 % kommen und das voranzutreiben. Sonst ist es auch nur Makulatur, wenn man jetzt 15 % oder 20 % schreibt und sich dann trotzdem nichts ändert.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Danke, Frau Kämmerling. – Dann zur FDP-Fraktion, Herr Diekhoff, bitte.

Markus Diekhoff (FDP): Ich habe noch mal eine Frage an die kommunalen Spitzenverbände, also an Herrn Welge. Sie haben zwar gerade bei den Ausführungen von Professor Dr. Buttschardt immer kräftig genickt, nichtsdestotrotz finde ich in Ihrer Stellungnahme eine sehr deutliche Kritik am Verbot von Bestandsschutzmitteln in den Schutzgebieten. Können Sie nochmal erläutern, worum es Ihnen dabei geht?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Welge, bitte.

Axel Welge (Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen): Ja, mache ich gerne. Ich habe genickt, weil das auch meine Auffassung ist und das ist auch die Auffassung des Städtetages. Der Landkreistag sieht es ein bisschen anders. Und das haben wir auch hier deutlich gemacht: Aus Sicht der Kreise, das steht da ausdrücklich drin. Ich denke, wenn wir Schutzgebieten ernst nehmen und dort tatsächlich auch Insekten und die Arten insgesamt schützen wollen, dann muss man natürlich über das Thema Pestizidverzicht nachdenken und es auch umsetzen. Es geht gar nicht anders, natürlich auch selbstverständlich – auch da bin ich der Auffassung wie die Kollegen – nur unter Mitnahme der entsprechenden Landwirte. Das geht gar nicht anders.

Im Übrigen spricht das auch alles dafür, bei dem Thema sowieso eng zusammenzuarbeiten. Der Vorschlag von Herrn Professor Buttschardt zu sagen, wir versuchen, uns in einem größeren Kreis zusammenzusetzen, die Betroffenen, die entsprechenden Umweltverbände, die Städte, die Landwirte – das ist doch der richtige Ansatz der Kooperative, wo man überlegt, wie wir das Thema voranbringen können. Und insofern ist es absolut meine Auffassung, wenn es geht, Pestizidverzicht komplett. Aber der Landkreistag muss nachvollziehbarer Weise aus Sicht des ländlichen Raumes auf die Existenzfragen, auch bei der bäuerlichen Bevölkerung aufmerksam machen. – Danke.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Welge. – Dann komme ich zur SPD, Herr Schneider, bitte.

René Schneider (SPD): Vielen Dank dafür. Und ich bleibe auch nochmal bei Herrn Welge und beim Thema Flächenfraß, einem der wichtigsten Punkte im Grunde genommen, auch der Volksinitiative. Und Sie haben gerade nochmal deutlich gemacht in einem anderen Zusammenhang, die unterschiedlichen Nöte, die es schon bei Stadt

und Land gibt, die es bei Kreisen und größeren Städten gibt. Ich kenne das auch aus meiner eigenen Heimat. Da werden schon die 5 ha kritisch gesehen, gleichzeitig haben wir aber bei der Volksinitiative das Ziel netto 0, ich glaube bis 2035. Die Landwirte haben es im Zusammenhang mit dem Klimaanpassungsgesetz aber noch drastischer formuliert und gefordert, netto 0 bis 2030.

Ich sehe da eine starke Diskrepanz. Ich frage mich immer: Sehen Sie eine Möglichkeit, wie sich dieser Konflikt auflösen lässt? Ein bisschen schwanger gibt es ja nicht, und ein bisschen Flächenfraß stoppen, glaube ich, auch nicht. Welche Möglichkeiten sehen Sie, diesen Konflikt am Ende vielleicht doch noch zu lösen und welche Rolle kann Flächenrecycling an der Stelle spielen?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Welge, bitte.

Axel Welge (Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen): Vielen Dank für die sehr gute Frage. Auch hier gilt das, was ich vorhin gesagt habe. Ich glaube, es geht weniger um gesetzgeberische Maßnahmen als um das kooperative Zusammenwirken der Betroffenen. Ich will Ihnen mal ein Beispiel dafür geben. Vorhin wurde gesagt, dass in den Großstädten kaum noch Fläche da ist, die verbraucht werden kann. Insofern ist das für uns natürlich nicht in dem Sinne das Thema, aber wir haben natürlich im ländlichen Raum auch neue Wohnungen, die geschaffen werden. Es geht um eine Kooperation zwischen den Städten, die im Grunde genommen das Angebot bieten sowohl an Schule, an Kultur, an Wirtschaft, und auf der anderen Seite dem ländliche Raum, der dann wiederum die Fläche hat, um tatsächlich auch Wohnungen bauen zu können.

Ich finde, wir brauchen in der Zukunft noch eine viel engere Kooperation miteinander. häufig gibt es ja auch Konkurrenzen der Kommunen untereinander, nachvollziehbarerweise. Aber es ist besser, miteinander zu arbeiten und da alle einzubeziehen und auch die Landwirte natürlich und die Flächen einzubeziehen, ein ganz wichtiger Aspekt. Nur in regionaler Zusammenarbeit ist dieses Ziel umzusetzen. Sie können Ziele, da bin ich komplett bei meinen Vorrednern, formulieren, so oft Sie wollen, sie auch gesetzgeberisch festlegen. Wir haben auch im Klimaschutzgesetz des Bundes wunderbare Ziele, die gesetzgeberisch festgelegt werden. Nur wenn Sie sich die Umsetzung angucken, da wird es schwierig in den nächsten Jahren.

Wir brauchen, wenn man sich das vornimmt – und es ist ein hehres und ein richtiges Ziel, den Flächenfraß zu reduzieren bzw. ganz auf null zu bringen –, viel Kooperation im kommunalen Bereich, aber mit den anderen Akteuren auch. – Danke schön.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Welge. – Und Herr Rüße, bitte.

Norwich Rüße (GRÜNE): Meine Frage geht an Herrn Leifert. In dem Punkt 4 „Naturverträgliche Landwirtschaft“ ist ja deutlich mehr ausgeführt als die Verpachtung lan-

deseigener Flächen. Unter anderem geht es da um Weidehaltung, regionale Landwirtschaft, Förderprogramme für Gemeinschaftsverpflegung. Könnten Sie noch ein bisschen ausführen, was da sinnvoll wäre und welche Effekte sich dadurch erzielen lassen?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Leifert, bitte, Sie haben das Wort.

Jan Leifert (Bioland, Landesverband NRW e. V.): Den Punkt Kantinen, Außer-Haus-Verzehr habe ich schon angesprochen. Das würde ich jetzt gerade mal ausklammern. Ich möchte den Punkt der Beratung nochmal aufgreifen. Da hat Herr Hentschel auch schon angesprochen, dass es natürlich eine sehr gute Biodiversitätsberatung der Kammer auch gibt, die aber dann auch schon wieder an ihre Grenzen stößt, so wie wir gerade gehört haben.

Ich glaube, es ist wichtig, dass wir diese Beratung bei den Zukunftsthemen noch viel flächendeckender gestalten. Also: Wie kriegen wir es hin, dass letztendlich jeder Berater, der auf einem Betrieb unterwegs ist, Grundlagen zum Bereich Artenvielfalt, zum Bereich Klima etc. mit dabei hat? Wenn wir auf kooperative Ansätze gehen, müssen wir die, glaube ich, viel breiter noch in die Masse bringen, weil wir sie ja umsetzen müssen. Das ist die große Herausforderung, damit wir wirklich viel stärker in die Breite kommen und damit Effekte erzielen. Und dann bieten wir als Ökolandbau für viele Sachen vielleicht Lösungen, die in der Fläche umgesetzt werden sollten. Heute ist schon das Stichwort mechanische Unkrautbekämpfung gefallen. Wenn wir jetzt nicht 30 Jahre lang oder bis zu 50 Jahre – bei den ersten Pionieren 50 Jahre lang – Ökolandbau gehabt hätten, ich möchte nicht wissen, auf welchem Stand unsere Hacktechnik heute wäre.

Also da muss man gucken: Was sind gute Maßnahmen, die wir schnell in die Fläche bringen können. Dass dann der Ökolandbau ein Baustein davon ist, das macht sicherlich auch die Prozentzahl deutlich. Wir sprechen hier in einer Maximalforderung über 25 %, das heißt, es gibt weiterhin 75 % konventionelle Landwirtschaft. Aber auch die müssen wir weiterentwickeln, um diese Ziele zu erreichen, um letztendlich die Wertschöpfung in all diesen Bereichen zu erhöhen, um eben Maßnahmen umsetzen zu können. Und das werden wir – das ist meine feste Überzeugung und auch die Überzeugung unserer Kolleginnen und Kollegen – nicht alleine mit staatlichen Mitteln erreichen, sondern das werden wir auch nur erreichen, wenn es uns gelingt, grundsätzlich das Niveau für die landwirtschaftlichen Produkte hier aus Nordrhein-Westfalen, die mit den entsprechenden Qualitäten erzeugt worden sind, auch zu generieren.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Leifert. – Dann haben wir jetzt Runde 5, und wir fangen wieder bei der CDU-Fraktion an.

Bianca Winkelmann (CDU): Herr Leifert, Sie waren gerade so schön im Schwung. Ich hätte noch eine Frage an Sie, die ich jetzt gerne anschließen würde. Wir springen in den Forderungen so ein bisschen hin und her. Eine der Forderungen im Rahmen

der Volksinitiative ist die mögliche Ausweisung von Pufferzonen. Sie sagten ja, Sie gehören auch zu den Unterstützern der Volksinitiative. Wie genau wollen Sie besonders schützenswerte Flächen definieren, für die dann diese Pufferzonen weiter ausgewiesen werden sollen?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Leifert, nochmal, bitte.

Jan Leifert (Bioland, Landesverband NRW e. V.): Wir sind als Unterstützer mit dabei. Wir sind jetzt nicht für jeden Halbsatz zuständig gewesen. Ich glaube, das sind einfach Dinge, die es jetzt im weiteren Prozess auch zu erörtern gilt: Was sind sinnvolle Pufferzonen? Was braucht es, damit es in den Schutzgebieten wirklich zu einem klaren Schutz kommt? Heute stellen wir schon fest, wenn wir uns Feldraine angucken, die verarmen auch in der Art, wenn daneben intensive Landwirtschaft betrieben wird. Wir merken, wenn man sich auch die Studien anguckt, dass Sämlingsreservoirs in den Böden deutlich zurückgehen, auf denen intensiv gewirtschaftet wird usw.

Das heißt, um die Artenvielfalt wieder nach vorne zu bringen, braucht es auch einen ganzen Teil. Da müssen wir gucken, was ist notwendig um diesen Schutz ordnungsgemäß, ordentlich umsetzen zu können. Auch im Ökolandbau sehen wir es schon, wenn wir keine Pufferzonen haben, sondern Feldrand an Feldrand wirtschaften, dass wir doch auch immer wieder Probleme mit Abtriften etc. haben. Da muss man gucken, wie man dann solche Einflüsse auch sinnvoll mitberücksichtigt.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Leifert. – Und für die FDP-Fraktion, Herr Diekhoff, bitte.

Markus Diekhoff (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Ich habe aktuell keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, dann schaue ich zur SPD, Frau Watermann-Krass, bitte.

Annette Watermann-Krass (SPD): Ich hätte eine Frage an Herrn Hentschel oder Frau Kämmerling. Da geht es in dem Bereich -das wurde eben schon von Herrn Leifert angesprochen – bei der aktiven Voranbringung der naturverträglichen Landwirtschaft darum, die Gemeinschaftsverpflegung als den Hebel zu sehen, um auch eine Veränderung hinzubekommen. Die Idee ist ja, regionale, auch ökologische Produkte vor allen Dingen in der Gemeinschaftsverpflegung einzusetzen. Sehen Sie das als Chance auch für unsere Landwirte, um eine stärkere Nachfrage anzureizen und darüber auch eine andere Landwirtschaft zu unterstützen?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Wer fängt an? – Frau Kämmerling, bitte.

Verena Kämmerling (Westfälisch-Lippischer Landwirtschaftsverband e. V.): Ich denke, dass wir wissen, das ist ein wichtiger Baustein und das ist natürlich ein Punkt, bei dem auch das Land, bei dem die Kommunen direkt eine Einflussmöglichkeit haben, indem sie die Richtlinien zum Einkauf der Produkte der Gemeinschaftsverpflegung entsprechend gestalten. Das ist aber natürlich auch nicht die Lösung für alles. Man muss sich jetzt nicht vormachen, dass man auf diesem Weg 25 % ökologischen Landbau in Nordrhein-Westfalen befördern kann.

Ich halte es aber für eine sehr gute Anregung – es gibt auch noch andere Produktionsmethoden, die extensive Weidetierhaltung ist ja angesprochen worden –, auf jeden Fall diesen Aspekt der Regionalität in die Gemeinschaftsverpflegung mit hineinzubringen. Das ist natürlich auch ein Abnahmeweg und ein Punkt der Wertschöpfung für die Erzeugerinnen und Erzeuger.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Dr. Hentschel, bitte.

Dr. Armin Hentschel (Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen): Zur Frage der Gemeinschaftsverpflegung. Ganz grundlegend ist es ja so, dass die Landwirte das produzieren, was nachgefragt wird. Herr Leifert hatte vorhin schon gesagt, dass wir im Moment die Situation haben, die Nachfrage nach Ökoprodukten steigt, aber die Produktion im Land kommt nicht nach. Und es ist die Kernfrage, woran das liegt. Möglicherweise liegt es an den hohen Flächenkosten, die Betriebe davon abhalten, umzustellen. Ich weiß es nicht.

Aber ich glaube, wenn wir den Vorschlag, den Sie gemacht haben, den ich auch für zielführend halte, erreichen wollen, dann müssen wir die Frage klären, warum um Himmels willen wir trotz der Nachfrage und trotz des hohen Nachfragepotenzials, das es in NRW gibt, feststellen müssen, dass die Betriebe nicht in dem Maße umstellen, dass wir die Nachfrage, die hier ist, vor Ort befriedigen können. Das ist ein Punkt, den man wirklich genau untersuchen müsste. Eine Erklärung dafür habe ich im Moment noch nicht.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Ja, ein interessanter Punkt. – Herr Rüße, bitte.

Norwich Rüße (GRÜNE): Meine Frage geht an Herrn Prof. Buttschardt. Sie haben eben so schön gesagt, das sei ein Projekt für Genrationen, kann ich auch nachvollziehen. Aber ich würde dann fragen wollen, mit Blick auf den Artenrückgang, den Verlust an Biodiversität: Wie dringlich ist denn die Aufgabe? Können wir das alles in die Zeit setzen? Wie groß schätzen Sie den Handlungsbedarf ein, und welche der Punkte müsste man auch vielleicht schneller umsetzen?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Prof. Buttschardt, bitte sehr.

Prof. Dr. Tillmann K. Buttschardt (WWU Münster, Institut für Landschaftsökologie): Vielen Dank, Herr Rüße, dass ich das noch einmal klarstellen darf. Das war ja der erste Teil der Aussage. Der Erhalt einer lebenswerten und ökosystemar funktionierenden Welt für die Menschen ist für die nächsten Generationen die Aufgabe. Gehandelt werden – das habe ich mit meinem Eingangsstatement schon gesagt – müsste im Prinzip vorgestern. Und das ist auch an verschiedenen Stellen ja passiert.

Ich weiß, dass Sie heute Morgen kontrovers über die Änderung des Naturschutzgesetzes in Nordrhein-Westfalen gesprochen haben. Das Landeswassergesetz ist geändert worden. Viele Punkte, die man schon mal als richtig erkannt hatte, sind gerade in den vergangenen Jahren nicht genutzt worden meiner Meinung nach. Und das war gerade in der Frage von Frau Winkelmann nochmal der Punkt: Pufferstreifen. Das ist ja so ein Punkt, weil der auch bei der Pflanzenschutzanwendungsverordnung jetzt unter Kritik steht, weil man nicht weiß: Wo sind die wertvollen Gewässer?

Seit 2000 haben wir die Wasserrahmenrichtlinie. Die Wasserrahmenrichtlinie soll seit 2000 unsere Gewässer in einen guten ökologischen Zustand versetzen. Wir wissen, dass Randstreifen unglaublich wichtig sind, wenn nicht sogar fundamental dafür sind. Wir werden die Gewässer gerade im Tiefland nicht in einen guten ökologischen Zustand bringen können. Wir haben gerade ein dreijähriges Forschungsprojekt im Aa-Einzugsgebiet in Münster, in dem wir das sehen, weil die allgemeine Degradation so groß ist durch die Gründe, die ich in meiner Stellungnahme geliefert hatte, sodass das ohne diese Pufferstreifen nicht geht. Umso bedauerlicher ist auch, dass das jetzt praktisch stehen geblieben ist. Das zum Thema, wir hätten vorgestern handeln müssen, Ansätze dazu gab es auch.

Insofern ist es sehr dringend, dort auch vor Ort Fortschritte zu machen. Frau Winkelmann, nochmal: Meiner Meinung nach müssten die Pufferstreifen in jedem guten Landschaftsplan sofort für alle zu sehen sein. In Nordrhein-Westfalen sind Landschaftspläne Pflichtaufgabe. Ich weiß, dass viele Kreise die noch nicht erfüllt haben. Sie sind auch im Detailierungsgrad, gemessen an dem, was andere Bundesländer vorlegen und was in der Honorarordnung für Architekten, Ingenieure in den Landschaftsbildern steht, wirklich nicht qualitativ hochwertig.

Würden wir dort einen Fokus drauflegen – viele Kommunen tun das auch, ich will jetzt nicht heißes Öl über Leute ausschütten, wo ich nicht nachgeguckt habe, das will ich also auf keinen Fall –, aber wir haben auch Landschaftspläne, die sehr allgemein sind und wo ich nicht sehen kann, wo diese Pufferstreifen sind, die jetzt dringend gesucht werden, weil wir dann sagen würden, ja, da dürfen wir nach der Pestizidanwendungsverordnung keine Pestizide mehr ausbringen. Das ist also ein Dilemma, in dem wir stecken. Meiner Meinung nach gab es die Ansätze schon. Aber man ist sich uneins geworden darüber, ob man die wirklich für die nächsten Generationen auch so weiter umsetzen möchte.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Prof. Buttschardt. – Jetzt kommen wir in die sechste Fragerunde. Ich sehe, Herr Ritter hat sich gemeldet, bitte.

Jochen Ritter (CDU): Danke, Frau Vorsitzende! Ich möchte mich nochmal an Herrn Welge wenden, und es geht wieder um Flächen. Sie haben eben auf die Frage von Herrn Schneider den AAV und Brachen nochmal verstärkt in den Blick gerückt. Das finde ich auch nachvollziehbar, allerdings im Wesentlichen eher, wenn es um Ballungsräume geht, wo man vielleicht größere Standorte oder ehemalige Standorte hat, auf die man verweisen kann. Was wäre da Ihre Antwort für den ländlichen Raum?

Das ist eher meine Gegend. Da, wo vielleicht, wenn überhaupt, Brachen zustande kommen, in weiterem Abstand liegen, kann ich schwer den Unternehmen darauf verweisen: Erweitere dich 40 km weg, im Zweifel noch mit dem entsprechenden Lieferverkehr dazwischen! Wie sehen Sie da Möglichkeiten, mit dem Punkt Fläche im ländlichen Raum klarzukommen, wenn nicht durch moderate Ausweitung von Möglichkeiten?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Welge, bitte.

Axel Welge (Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen): Vielen Dank, Herr Ritter für die Frage. Das ist natürlich die Frage, die klassischerweise an den Landkreistag oder den Städte- und Gemeindebund gerichtet werden muss, die heute nicht da sind. Ich versuche, trotzdem eine Antwort zu geben.

Ich glaube, auch hier ist der Kooperationsansatz wichtig. Sie haben recht, ich habe insbesondere auf den Ballungsraum und Umgebung bei meiner Beantwortung der vorherigen Frage abgestellt. Aber ich denke, für den ländlichen Raum gilt es ja auch. Wir müssen auf der einen Seite sehen, dass sich der ländliche Raum auch wirtschaftlich sich weiterentwickeln muss, dass wir ein hohes Interesse in den Kreisen an Wirtschaftsansiedlung haben. Das sichert ja auch Arbeitsplätze und Lebensqualität. Das kann man in diesem Raum ungeschützt und richtigerweise so sagen.

Auf der anderen Seite müsste auch hier darüber diskutiert werden, wo man es versuchen kann, Flächenverbrauch soweit zu reduzieren, dass es tatsächlich dem gemeinsamen Interesse entspricht.

Ich kenne viele Kollegen aus den Unteren Naturschutzbehörden der Kreise, die haben ein genauso hohes Interesse daran, den Artenschutz voranzubringen und die beklagen im ländlichen Raum häufig auch Flächenverbrauch. Insofern glaube ich, das hier dieser Kooperationsgedanke wieder wichtig ist, dass man sagt, man setzt sich mit der Wirtschaft zusammen, man setzt sich mit den Landwirten zusammen, den Damen und Herren, die zum Beispiel hier Unterstützer dieser Volksinitiative sind und den entsprechenden Behörden und versucht dort Lösungen hinzubekommen, die passgenau sind. Und ich glaube, das gelingt. Das Problem ist häufig, dass übereinander geredet wird, aber nicht miteinander. Das wäre meine Empfehlung auch für diesen Bereich. – Danke.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Welge. – Ich schaue zur SPD-Fraktion? Keine Fragen? – Doch, Frau Watermann-Krass, bitte.

Annette Watermann-Krass (SPD): Zum Abschluss hätte ich noch eine Frage an Herrn Leifert. Ich versuche, das mal so zusammenzufassen. Wir haben auf der einen Seite die Vorgabe der EU, dass die Mitgliedstaaten bis 2030 den Ökolandanbau auf 25 % ausweiten sollen. Wir haben aber auch die Ansage, wir wollen jetzt deutlich auf Pestizide und Antibiotikaeinsatz verzichten, wir wollen das halbieren. Und da liegt es ja nahe, sich zu fragen: Kann nach dieser Aussage der Volksinitiative, in der ja viele Dinge auch aufgelistet werden, können diese Maßnahmen dazu beitragen, dass man im Sinne dieser Ziele, die man da vor Augen hat, über die Volksinitiative zum Ziel kommen kann?

Jan Leifert (Bioland, Landesverband NRW e. V.): Ja, natürlich können wir da ein Stück weit zum Ziel kommen. Wenn ein Landwirt mit einer größeren Fläche sowieso schon nicht mehr in der Lage ist oder es ihm nicht gestattet ist, chemisch-synthetische Pestizide einzusetzen etc. und da eingeschränkt ist, dann ist natürlich der Schritt hin zum Ökolandbau dann ein deutlich kleinerer. Also sprich: Das kann uns in Summe natürlich schon beflügeln.

Da werden aber auch weitere Maßnahmen, die aus der Bundesgesetzgebung oder auch aus der GAP hervorgehen, hoffentlich einen positiven Grundstein der weiteren Annäherung oder einer grundsätzlich naturverträglicheren Landwirtschaft legen und somit natürlich auch im besten Falle die Herausforderungen einer Umstellung eher reduzieren. Gerade im Bereich des Ackerbaus ist uns doch ein Stück weit Fachwissen für den ökologischen Landbau verlorengegangen, der Einsatz von Hacke und Striegel und solchen Sachen ist in der beruflichen Bildung lange Zeit eher zu kurz gekommen. Und darüber haben wir sicherlich Chancen, dann auch Landwirte schrittweise in Richtung Ökolandbau weiter heranzuführen.

Auf der anderen Seite wird sich auch der Ökolandbau weiterentwickeln. Das sehen wir an unterschiedlichen Initiativen der Ökoverbände. Wir bei Bioland haben mittlerweile eine Biodiversitätsrichtlinie, in der klarer nochmal Vorgaben in dem Bereich gemacht werden. Es gibt Ansätze von anderen, weitere Nährstoffdünger einzuschränken etc. Von daher ist auch das eher ein System, das weiter in der Entwicklung und Verbesserung unterwegs ist.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Leifert. – Und schaue zu Herrn Rüße. – Bitte sehr.

Norwich Rüße (GRÜNE): Ich hätte noch eine letzte Frage an Herrn Prof. Buttschardt. Wenn Sie jetzt die Volksinitiative, die acht Forderungspunkte sehen und dann den Abgleich machen mit der in der Tat dramatischen Lage: Was würden Sie uns als Landespolitik empfehlen, davon umzusetzen, alles, oder würden Sie sagen, den Punkt vielleicht doch eher nicht? Da muss man Rücksicht nehmen auf die Landwirtschaft, auf die Forstwirtschaft. Was sollte die Landesregierung, die Landespolitik in den nächsten Monaten, Jahren davon unbedingt aus Ihrer Sicht umsetzen?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Prof. Buttschardt, bitte.

Prof. Dr. Tillmann K. Buttschardt (WWU Münster, Institut für Landschaftsökologie): Vielen Dank. Im Prinzip geht es um so eine Art Prioritätenliste. Das heißt, wenn wir mit dem Auto unterwegs ist und man kriegt erste Anzeichen, da stimmt irgendwas nicht, dann hört man erst einmal genauer hin, klappert hier die Radkappe oder was ist da so ungefähr? Aber was man als Erstes macht ist, man geht vom Gas. Das macht man sowieso und das ist, glaube ich, auch das Beste, was man tun kann, eben nicht noch weiterfahren in die Richtung, in die es nicht gehen sollte.

Insofern hat die Initiative nicht umsonst „Flächenfraß stoppen“ unter Punkt 1 gesetzt, das sind ja Dinge, die verlorengehen. Nehmen wir es nochmal weltweit: Die oberste Priorität wäre, alte Tropenwälder oder Urwälder zu erhalten und nicht noch zu roden. Das ist, glaube ich, ein einfaches Beispiel. Also, das wird man nicht weitermachen. Das muss man dann übersetzen, dass man die naturnahen Bestandteile, die noch da sind, vordringlich schützt. Es wird aber nicht helfen, wenn unser Auto einen Schaden hat und wir fahren mit hoher Geschwindigkeit – gebremst haben wir ja noch nicht, wenn wir nur vom Gas gehen. Das heißt also, Bremsung einleiten. Das ist ja das Erste, was man machen muss. Man guckt sich um, wo sind sichere Orte? Das würde ich jetzt als Bild wiederum nehmen. Die sicheren Orte sind die Schutzgebiete, sie stehen nicht umsonst als zweite Forderung der Volksinitiative.

Schließlich der dritte Punkt ist, den würde ich jetzt nochmal ein weniger stärker nach vorne packen: Ich glaube, dass uns die letzten Jahre – die Enquetekommission zeigt es ja auch – gezeigt haben, dass unbedingt und wirklich schnell die Situation zwischen dem Naturlandschaftsschutz und der Landwirtschaft befriedet werden muss. Das sieht man ja auch. Mit den Städten wird anders diskutiert. Aber beim Feld Landwirtschaft, so wie wir jetzt gerade sitzen, da ist es eben am aufgeladesten. Und dieser Punkt muss, weil er so heiß ist, auch runtergekühlt werden. Da muss man dann eben auch die Strategie überdenken. Die Landwirte oder Forstwirte mit der Extensivierung sagen erstmal: Wau, was kommt da, das können wir doch gar nicht erfüllen? Aber im Prinzip geht es schon in die Richtung, dass man da hin muss und alle anerkennen müssen, wir sollten anhalten mit dieser Wirtschaftsweise, die uns die Lebensgrundlage raubt, und neue Wege finden.

Die neuen sind nicht eine museale alte Landwirtschaft, das ist klar, sondern wir haben viele gute Beispiele. Auch die Stellungnahme der Kammer zeigte, dass naturverträgliche Landwirtschaft nicht nur Ökolandbau sein muss, da gibt es viele Schrauben und viele Ideen, das heißt also, da mal nachdenken und nicht in den alten Strukturen weitermachen. Runder Tisch Biodiversität, den gibt es, aber der hat das nach meiner Erfahrung nicht wirklich zu lösen vermocht. Da muss man auch neue Wege gehen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Prof. Buttschardt. – Dann kommen wir jetzt in die siebte Runde. Ich schaue zur CDU-Fraktion, Herr Ritter, bitte.

Jochen Ritter (CDU): Danke, Frau Vorsitzende! Ich würde gerne nochmal eine Frage an Herrn Dr. Hentschel richten. Sie haben das eben kurz anklingen lassen. Da ging es Ihnen um technischen Fortschritt, auch anknüpfend daran, was Herr Professor Buttschardt gerade sagte, wir wollen ja keine museale Geschichte auflegen. Aber vielleicht ist auch nicht „immer mehr hilft“ das Richtige, sondern Optimierung, vielleicht auch durch technischen Fortschritt. Das haben Sie vor einer halben Stunde kurz angesprochen.

Können Sie da zwei, drei Beispiele nennen, dass uns vielleicht auch der technische Fortschritt, Technologien einen Ausweg bieten können, anstatt immer nur vielleicht quantitativ zu argumentieren?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Dr. Hentschel, bitte.

Dr. Armin Hentschel (Landwirtschaftskammer NRW): Das ist jetzt eine Frage, die weit nach vorne reicht und die auch in Felder hineinreicht, mit denen wir in der Kammer originär nicht so viel zu tun haben. Aber ich möchte Ihnen trotzdem eine Antwort geben.

Das Beispiel der mechanischen Hacke, sensorkammergesteuerte Systeme. Das ist sicherlich ein Bereich, der schon relativ weit ist. Wir machen schon lange teilflächenspezifische Bewirtschaftung. Ich bin davon überzeugt, dass wir erst am Anfang dieses Weges stehen. Wir haben neue technologische Möglichkeiten, wir haben gestiegene Anforderungen an die Landwirtschaft. Wir werden mit intelligenten Lösungen an der Stelle arbeiten müssen. Sie wissen vielleicht, dass wir im Rahmen des Strukturentwicklungsprozesses Rheinisches Revier ein Innovationszentrum aufbauen wollen für die Land- und Ernährungswirtschaft, wo wir genau solche Fragestellungen aufgreifen wollen.

Ich habe die große Hoffnung, dass wir hier Schritt für Schritt weiterkommen. Unabhängig davon, wie die Lösungen aussehen werden, bin ich davon überzeugt, dass wir im Betriebsmitteleinsatz, also Pflanzenschutz, chemischer Pflanzenschutz und Düngemittel, sicherlich eine weitere Reduktion sehen werden. Wir müssen da neue Wege gehen und neue Lösungen suchen. Die werden wir auch finden.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Optimistischer Ausblick. – Ich schaue jetzt weiter in die Runde, Herr Rüße, bitte.

Norwich Rüße (GRÜNE): Ja, da würde ich direkt dann anschließen wollen, weil die Frage der Pflanzenschutzmittel wird in Punkt 2 auch diskutiert. Dann würde ich Herrn Professor Buttschardt da fragen wollen, ob er den Optimismus teilt und wer denn den Anschub geben muss. Ist es der Gesetzgeber? Oder ist es die Landwirtschaft aus sich heraus, die aus eigener Kraft erkennt, dass der Weg ein anderer sein muss, weil die Gesellschaft ihn sich wünscht? Also wer? Im Vergleich zum Beispiel zur Antibiotikadatenbank – die kann man an der Stelle als Vorbild nehmen – also, wer ist der Akteur? Wie erreicht man zukünftig diese Veränderungen? Die Technik Hacke/Striegel gibt es ja nun sehr lange. In den 80er-Jahren unter Matthiesen, Bärbel Höhn hat die Kammer

auch beraten, und es gab Zuschüsse für die Anschaffung von Striegeln, die standen aber jetzt die letzten 20 Jahre in der Ecke, die hat kaum noch einer benutzt. Wie ist die weitere Entwicklung, wer treibt?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Prof. Buttschardt, bitte.

Prof. Dr. Tillmann K. Buttschardt (WWU Münster, Institut für Landschaftsökologie): Ja, da wäre ich ganz glücklich, Herr Rüße, wenn ich da eine gute Antwort hätte oder eine funktionsfähige Antwort, weil das Feld ja komplexer ist.

Grundsätzlich ist eine Landwirtschaft, die in Monokulturen arbeitet, mit enger Fruchtfolge, die hochproduktive, eiweißreiche Ernten produzieren soll, gerade beispielsweise im Brotweizenbereich, auch getriebene dieser Technologie, der mineralischen Stickstoffdüngung und dann der Applizierung von entsprechenden Pflanzenschutzmitteln.

Das heißt, die Frage ist eher konzeptioneller Art zunächst einmal. Ich teile diesen Optimismus erst einmal nicht, dass der Einsatz von mechanischer „Unkrautbekämpfung“ quasi das ersetzen kann, was wir derzeit mit Pestiziden machen, wenn man nicht andere Fruchtfolgen nutzt. Und jetzt ist der sogenannte Ökolandbau auch schon gut 100 Jahre alt in seiner Konzeption, mit Fruchtfolgen, mit Nützlingswirtschaft, mit Gehölzstrukturen zu arbeiten. Da gibt es auch viele neue Ansätze, die diskutiert werden, ob das jetzt Einziehen von Hecken in Richtung Agroforstsystemen ist oder ob das eine andere Denkungsart ist, die dort eine Rolle spielt.

Zur Frage, wie machen wir das mit den Pestiziden? Es wird nicht umsonst gerade so heiß diskutiert, auch weil ein großer Markt dahinter steht. Das ist auch vielleicht so eine Art rosaroter Elefant, dass dort auch maßgebliche Marktakteure unterwegs sind, die eine Koppelung zwischen dem Produkt hybrides Saatgut mit einer bestimmten Ausstattung vornehmen und das entsprechende Spritz- oder Pflanzenschutzmittel dazu vertreiben. Und das ist eine ganze Denkschule innerhalb der Landwirtschaft. Wenn man in diese Richtung weiterdenkt, dann wird man aus diesem Punkt nicht so leicht rauskommen, auch wenn man nicht in die Richtung Diversifizierung, auch Ausweitung der Fruchtfolgen geht.

Ich hatte anfangs gesagt: Für mich ist die gute landwirtschaftliche Praxis, der man sich noch nie genähert hat aus der Sicht, was brauchen unsere Ökosysteme, um funktionsfähig zu sein?, eigentlich ein Konzept, an das man dringend auch mal drangehen sollte, um zu fragen: Was bedeutet gute landwirtschaftliche Praxis eigentlich und für wen? Nicht nur für die Bäuerinnen und Bauern, natürlich in der ersten Front, damit sie wirtschaftlich sein können, aber natürlich auch für die Mitwelt.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Prof. Buttschardt. – Dann gehen wir jetzt in die achte Runde. Ich schaue zur CDU-Fraktion und sehe, Herr Deppe hat sich gemeldet, bitte sehr.

Rainer Deppe (CDU): Ich möchte anschließen an die letzte Antwort und Herrn Dr. Hentschel fragen, ob es aus Kenntnis der Landwirtschaftskammer einen Zusammenhang gibt zwischen der Wahl des Saatgutes und dem dadurch induzierten Einsatz von Pflanzenschutzmitteln?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Dr. Hentschel, bitte.

Dr. Armin Hentschel (Landwirtschaftskammer NRW): Das ist eine schwierige Frage, das ist also nicht der Themenbereich, mit dem ich mich befasse. Das liegt bei den Kollegen. Ich weiß nicht, ob vielleicht Frau Kämmerling da etwas mehr zu sagen kann. Das ist in der Tat eine produktionstechnische Frage.

Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln orientiert sich an verschiedenen Zielen. Es geht darum, Erträge zu sichern, es geht darum, auf Kalamitäten zu reagieren, und es geht auch darum, in empfindlichen Entwicklungsphasen der Bestände die Kulturen zu schützen, so. Es gibt natürlich sortenabhängig Unterschiede. Es gibt unterschiedliche Resistenzen, es gibt unterschiedliche Empfindlichkeiten. Wir haben als Kammer ein sehr umfassendes Versuchswesen, das diese Fragen untersucht und auch Empfehlungen dazu abgeben kann. Aber so ganz generell, pauschal kann man die Frage so nicht beantworten. Herr Deppe, ich hoffe, dass ich Ihre Frage soweit beantwortet habe, ansonsten wenn Sie sie nochmal konkretisieren könnten?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Nochmal konkretisieren, Frau Winkelmann, bitte.

Bianca Winkelmann (CDU): Ich hätte höchstens gesagt, wir könnten die Frage an Frau Kämmerling durchaus nochmal weitergeben. Dann können Sie beide gemeinsam antworten.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Frau Kämmerling, Sie hätten noch Zeit.

Verena Kämmerling (Westfälisch-Lippischer Landwirtschaftsverband e. V.): Ich denke, dass Herr Professor Buttschardt das System angesprochen hat, wie es in den USA beispielsweise gang und gäbe ist, dass durch gentechnisch veränderte Sorten auch gleichzeitig das entsprechende Pflanzenschutzprodukt mit verkauft wird, weil das zusammenhängende Systeme sind. Aber das sind Dinge, die hier in Deutschland und in Europa so nicht stattfinden.

Ansonsten ist es so, wie Herr Dr. Hentschel gesagt hat. Wir haben natürlich sortenabhängig auch unterschiedliche Ansprüche der Pflanzen. Dementsprechend werden Pflanzenschutzmittel eingesetzt. Aber es deutet sich hier keine Tendenz an, dass die großen Pflanzenschutzkonzerne irgendwelche Verbindungen zwischen Saatgut und Pflanzenschutzmitteln schaffen wollen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Frau Kämmerling. – Dann schaue ich weiter bei den Fraktionen und sehe nochmal Frau Winkelmann, bitte sehr.

Bianca Winkelmann (CDU): Wen ich noch eine letzte Abschlussfrage stellen dürfte, weil es einfach so schön ist, dass wir die Experten hier heute sitzen haben. Ich hätte hier noch einen ganzen Fragenkatalog. Aber wir müssen mit Blick auf die Uhr sehen, dass wir dann auch gleich in die nächste Sitzung kommen.

Frau Kämmerling, vielleicht die Frage auch nochmal an Sie, vielleicht habe ich Professor Dr. Buttschardt vorhin auch nicht richtig verstanden. Es ging unter anderem in einer Ihrer vorherigen Erwiderungen um das Thema „Pflanzenschutzanwendungsverordnung“, „Umsetzung Insektenschutzgesetz“. Ich hatte rausgehört, dass Sie jetzt bedauern, dass quasi die Umsetzung der Pflanzenschutzanwendungsverordnung nicht durchgeführt wird. Wir sprechen natürlich zurzeit davon, dass ungefähr 12.000 km Fließgewässer in Nordrhein-Westfalen demnächst in die Gebietskulisse fallen werden, die natürlich, das muss ich dazusagen, noch festgelegt werden muss. Gleichwohl werden hier aber vermutlich die zu überprüfenden Gewässer nach Wasserrahmenrichtlinie in diese Verordnung reinfallen, von daher müsste ich dem in dem Sinne ja widersprechen.

Frau Kämmerling, wie sehen Sie die Situation insgesamt bei der Umsetzung der Pflanzenschutzanwendungsverordnung? Denn das ist auch ein wesentlicher Bestandteil von Teilen der Volksinitiative.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Frau Kämmerling, bitte.

Verena Kämmerling (Westfälisch-Lippischer Landwirtschaftsverband e. V.): Im Moment ist die Situation für die Landwirte aktuell nicht zufriedenstellend, weil auch zum Beispiel die Definition der betroffenen Gewässer noch fehlt. Da wird dringend darauf gewartet. Die Landwirte sind jetzt auch gerade mitten in der Anbauplanung, in der Aussaat schon und wollen natürlich auch gerne wissen, was sie einhalten sollen.

Und dann ist auch noch die Frage des Erschwernisausgleiches offen. Die Landesregierung hat angekündigt, dass Nordrhein-Westfalen – dafür sind wir sehr dankbar – einen Erschwernisausgleich zahlen wird in Höhe von 7 Millionen Euro, sodass auch Landwirte für die Auflagen, so wie wir es auch fordern, dann einen Ausgleich beantragen können. Und dann soll eine – das ist jetzt auf dem Erlasswege – Möglichkeit geschaffen werden, dass besonders betroffene Betriebe einen Teil ihrer Ackerflächen auf Antrag von den Auflagen befreien lassen können. Wir glauben, das ist eine gute Möglichkeit, um wirklich denen, die sehr stark betroffen sind – ich habe eben das Beispiel eines Betriebs angeführt, der mit 100 % seiner Ackerfläche betroffen ist –, dann auch zu helfen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Frau Kämmerling, vielen Dank. – Jetzt habe ich noch Herrn Rüße und dann nochmal Herrn Deppe. – Herr Rüße, bitte.

Norwich Rüße (GRÜNE): Ja, dann würde ich auch nochmal gerne Herrn Buttschardt zu der Frage, Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in Schutzgebieten, fragen wollen, weil Sie das in Ihrer Stellungnahme aufgegriffen haben. Das ist die Frage, inwieweit tatsächlich die neue Pflanzenschutzanwendungsverordnung hier zu Veränderungen führen wird? Was erwarten Sie da? Oder wird es weitreichende Ausnahmegenehmigungen geben, sodass tatsächlich auch weiterhin Handlungsbedarf aus Sicht des Naturschutzes vorhanden ist?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Prof. Buttschardt, bitte.

Prof. Dr. Tillmann K. Buttschardt (WWU Münster, Institut für Landschaftsökologie): Ja, danke schön für den Punkt nochmal. In der Initiative wird an dreierlei Punkten davon gesprochen, Pflanzenschutzmittel oder Insektizide, Herbizide und Fungizide nicht mehr einzusetzen in Schutzgebieten und Gewässerrandstreifen. Und das betrifft auch den Punkt, bei dem es um die Wälder geht.

Prinzipiell würde man sagen, vielleicht müsste das auch nochmal präzisiert werden: Wenn ich jetzt von Schutzgebieten spreche, dann meine ich Kernzonen, Nationalparke, Naturschutzgebiete, also wirklich solche, die im Bundesnaturschutzgesetz im engeren Sinne dem Biodiversitätsschutz gewidmet sind. Dann würde ich ja denken, dass wir das nicht erst in einer Initiative fordern müssen, sondern dass lebensfeindliche Mittel in Schutzgebieten nicht ausgebracht werden. Dass das nicht so ist, das konstatiere ich mal, aber das hat uns in den Zustand geführt, wo wir jetzt sind. 70 % Rückgang der Insektenbiomasse in Schutzgebieten. Das ist die Folge davon, neben anderen Zerschneidungen, Lichtverschmutzungen, die wir erkennen, und der Düngung.

Nochmal zurück zu dem Punkt mit den Gewässerrandstreifen. Ich spreche jetzt mal als Bürger. Es gab ein Landeswassergesetz in Nordrhein-Westfalen mit der Auflage, bis zum 01.01.2022 diese Gewässerschutzstreifen auszuweisen. Das aber geändert worden. Das heißt, der Punkt, den ich mich frage: Wenn man doch erkennt, wo die Handlungsnotwendigkeiten sind – das wäre der gute ökologische Zustand an Gewässern. Zum guten ökologischen Zustand nochmal eine kurze Fachinformation: Der wird dann erreicht, wenn sogenannte Qualitätskomponenten in einem guten ökologischen Zustand sind. Und diese Qualitätskomponenten sind die Fische, das Makrozoobenthos und Makrophyten und das Plankton. Auf der organismischen Ebene ist das erreicht.

Wir stellen eben gerade fest, vor allem bei den Tieflandgewässern – auch hier nochmal eine korrekte Aussage – muss das gute ökologische Potenzial an den dauerhaft veränderten Gewässern, in sogenannten HMWB-Gewässern hergestellt werden, und das ist de facto fast nirgendwo erreicht. Wir haben eine Studie im Einzugsgebiet der Münsterischen Aa gemacht, wo wir seit drei Jahren durch zwei Sampler Woche für Woche Mischproben entnehmen. Wir stellen fest, dass Siedlungsabwässer ein Problem sind. Da gibt es Teile mit der Medikamentation bei Niedrigwasser. Wir stellen fest, dass bei Hochwasserabflüssen die Nährstoffe ein Problem sind, und wir stellen in der Neun-Tage-Analyse fest, dass sehr viel von den PSM-Pflanzenschutzmitteln auch ein Problem sind an diffuser Hintergrundbelastung.

Das kann man nicht im Einzelfall als Beweis führen, weil die Arten schon nicht mehr da sind aufgrund der Degradation von diesen Gewässern. Es ist aber definitiv so, dass die Schutz- und Pufferstreifen, auch das in der großen Ausgabe von der Zeitschrift „Water“ kürzlich – da haben wir mit geforscht – nachgewiesen worden, dass die Randstreifen eine große Rolle spielen. Ich fragte ja, wie kann eine Lösung aussehen? Das ist nicht kleinklein, sondern man muss wirklich hergehen und sagen, wo sind die Wasserläufe, wie Sie gerade gesagt haben. Wenn man das pauschal festlegt, all die Streifen, dann wird man immer wieder Öl ins Feuer schütten, weil man das nicht befriedet kriegt mit der Landwirtschaft, sondern man muss wirklich gucken, an welchen Gewässers, welche sind uns wichtig, wo priorisieren wir, wo stecken wir unsere Maßnahmen hin?

Und dann muss man halt – so leid es mir tut, ich weiß, dass beim WLV die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie die Position der Stellen gerade nicht weiter gefördert wurde, da gibt es also keinen Menschen mehr, der draußen zwischen den Landwirten vermittelt, wo setzt man die Wasserrahmenrichtlinie um? Das sind für mich schlechte Zeichen zur Umsetzung. Und das ist auch der Punkt, an dem man ansetzen muss. Am besten vor Ort mit den Landwirten, und natürlich muss es darum gehen, diese Pufferstreifen auszuweisen. Ich glaube, die Pflanzenschutzanwendungsverordnung ist ja auch unstrittig gewesen in der Verabschiedung. Das ist ja – logischerweise – dann auch so gekommen, und es ist auch gut so.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. – Herr Deppe, bitte.

Rainer Deppe (CDU): Ja, ich komme nochmal auf die Frage zurück, die ich Herrn Dr. Hentschel gestellt habe und die er nicht ganz beantworten konnte, weil es ja auch nicht sein Fachgebiet ist. Aber, Herr Professor Buttschardt, Sie können die Frage vielleicht beantworten. Sie haben ja eben die These in den Raum gestellt, dass bestimmtes Saatgut zwingend voraussetzt oder im Zusammenspiel dann mit Pflanzenschutzanwendungen verbunden ist. Mir ist das neu, aber wenn das so wäre, dann müsste man auch vor diesem Saatgut dann warnen und sagen: Wendet es nicht an! Und ich gehe jetzt mal davon aus, dass Sie uns konkrete Beispiele benennen können, wo genau dieser Zustand oder dieses Verhältnis besteht, was Sie eben hier kritisch angemerkt haben, denn das wäre schon doch eine sehr wesentliche Information, die dann auch die Bewirtschafter haben müssten?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Professor Buttschardt, bitte.

Prof. Dr. Tillmann K. Buttschardt (WWU Münster, Institut für Landschaftsökologie): Ja, vielen Dank für die Frage. Ich habe drei Aspekte adressiert in meiner Aussage vorhin. Der erste war tatsächlich die Kopplung, die Frau Kämmerling schon benannt hatte, mit Genveränderung und einer ganz spezifisch daraus abgestimmten Pflanzenschutzstrategie, ...

(Rainer Deppe [CDU]: Haben wir die in Nordrhein-Westfalen?)

… die wir hier nicht haben und hoffentlich in Zukunft auch nicht haben werden.

Der zweite Punkt, den ich angesprochen hatte, war die Art und Weise, wie bewirtschaftet wird, in enger Fruchtfolge in Monokultur. Das bedingt, dass bestimmte Spritzmittel angewandt werden müssen, nicht definierte pro Kultur. Das heißt also, wenn ich beispielsweise Raps habe und ich habe das Problem mit dem Rapsglanzkäfer, dann muss ich ein bestimmtes Mittel anwenden. Das hat Herr Dr. Hentschel auch schon gesagt, dass das sehr kompliziert ist in der Anbauplanung. Aber die sind schon miteinander bedingt in der Fruchtfolge.

Und der dritte Punkt ist, Stichwort: gebeiztes Saatgut. Wenn Saatgut gebeizt ist, ob das bei Mais ist oder ob das bei den Zuckerrüben ist, dann stellt man später in der Pflanze auch noch fest, dass diese Giftstoffe in den Pflanzen selber vorhanden sind, und die Insekten, die dort dann die Pflanzensäfte saugen, ob das jetzt Blattläuse sind usw., tragen die Kontamination. Die Tiere sind dann kontaminiert, also die Pflanzenschutzmittel sind weiter in der Nahrungskette, wie sie letztendlich in vielen Organismen, in vielen Umweltkompartimenten und auch im Menschen nachgewiesen werden können.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Jetzt schaue ich nochmal in die Runde. – Ich sehe keine weiteren Fragen. – Dann danke ich Ihnen sehr und danke vor allem den Sachverständigen für diese präzisen Antworten und die hohe Disziplin der drei Minuten. Damit haben wir in fast 12-Runden Fragen an Sie richten können. – Herzlichen Dank. Und wir werden jetzt das Protokoll abwarten, am 27. Oktober wird es vorliegen. Dann werden die Vertrauenspersonen der Volksinitiative Gelegenheit bekommen, sich im Ausschuss nochmal zu äußern und mit uns zu diskutieren. Das Ganze wird dann am 26. November, dem letzten Plenartag vor Ablauf der Beratungsfrist, entschieden sein. In dem Sinne wünsche ich jetzt allen einen guten Heimweg, herzlichen Dank nochmal und bleiben Sie gesund!

gez. Dr. Patricia Peill
Vorsitzende

Anlage
20.10.2021/21.10.2021
10

Anhörung von Sachverständigen
des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz des Landtags Nordrhein-Westfalen

Volksinitiative gemäß Artikel 67 der Landesverfassung:
Volksinitiative mit der Kurzbezeichnung „Artenvielfalt NRW“

am Montag, dem 4. Oktober 2021
14.00 Uhr, Plenarsaal

Eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Städtetag Nordrhein-Westfalen Köln	**Axel Welge**	**17/4404**
Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen Düsseldorf		
Landkreistag Nordrhein-Westfalen Düsseldorf		
Westfälisch-Lippischer Landwirtschaftsverband Münster	**Verena Kämmerling**	**17/4403**
Rheinischer Landwirtschafts-Verband (RLV) Bonn		
Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen Münster	**Dr. Armin Hentschel**	**17/4406**
Professur für Angewandte Landschaftsökologie und Ökologische Planung Professor Dr. Tillmann K. Buttschardt Institut für Landschaftsökologie Münster	**Professor Dr. Tillmann K. Buttschardt**	**17/4407**
Landesgeschäftsführer Bioland Landesverband NRW e.V Jan Leifert Hamm	**Jan Leifert**	**---**